Unter der Fahne des Kampfes gegen "ultra 'links' "– vollständige Kapitulation vor dem Imperialismus Seite 10/11

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 45 vom 6. November 1976 | 10. Jahrgang | 50 Pfennig

Trotz brutalem Terror der Polizei - 5 000 besetzten den Bauplatz

Brokdorf im Kampf gegen Atomkraftwerk

Die Baustelle des Atomkraftwerks Brokdorf an der Unterelbe war am vergangenen Wochenende Schauplatz des erbitterten, militanten, mutigen Kampfes Tausender von Bauern, Arbeitern, anderer Werktätiger und Jugendlicher aus der näheren und weiteren Umgebung für die Verteidigung ihrer Lebensinteressen, gegen den drohenden Ruin ihrer landwirtschaftlichen Existenz, gegen die Gefährdung der Menschen, der Landwirtschaft, des Viehs, der Wälder , Moore und Weiden durch das Atomkraftwerk, dessen Bau einzig und allein im Interesse einer Handvoll kapitalistischer Ausbeuter steht. Sie standen direkt dem kapitalistischen Ausbeuter- und Unterdrückerstaat, einer gewaltigen, mit den modernsten Mitteln ausgerüsteten Polizeiarmee gegenüber. Mit brutalstem Terror, unter Einsatz von Hunden, Reiterstaffeln, Wasserwerfern, dem berüchtigten „Chemical Mace", durch 2 000 knüppelnde Polizisten gelang es den Bütteln des kapitalistischen Staates schließlich in der Nacht zum Sonntag den von den Massen bereits gestürmten Bauplatz wieder zu räumen. Die Kampfentschlossenheit der Werktätigen von Brokdorf und Umgebung konnte jedoch dadurch nicht gebrochen werden, ihre Erbitterung und ihr Haß sind im Gegenteil gewachsen.

Von dem Tag an, als die Landesregierung von Schleswig-Holstein ihren Plan bekanntgab, in Brokdorf ein Atomkraftwerk zu errichten, hatte sich eine breite Kampffront gegen das Projekt formiert. Die Bürgerinitiative Brokdorf kündigte an: „Deshalb haben wir beschlossen, den vorgesehenen Bauplatz für das Atomkraftwerk zu besetzen, sobald mit dem Bau begonnen wird." Die Bevölkerung war nicht bereit, ihre Existenz für den Profit einiger kapitalistischer Konzerne wie Siemens, AEG, Klöckner, Bayer, der VEBA usw. ruinieren zu lassen.

Brokdorf gleicht einem Heerlager

Die Landesregierung von Schleswig-Holstein, die wie jede kapitalistische Regierung im Dienst der Ausbeuterklasse steht, war von Anfang an entschlossen, den Bau des Atomkraftwerkes, koste es was es wolle, gegen den erklärten Willen der Werktätigen durchzusetzen. Am Montag (25.10.76) unterschrieb der Innenminister von Schleswig-Holstein die Genehmigung für den Bau. Zur gleichen Zeit läuft klammheimlich ein Bürgerkriegseinsatz großen Stils an. In der Nacht zum Dienstag werden drei Hundertschaften Polizei nach Brokdorf in Marsch gesetzt. Sie riegeln den Bauplatz mit Nato-Stacheldraht vollständig ab. Hundert Werkschützer beziehen mit Schäferhunden Posten. In den frühen Morgenstunden rollen Bagger und Baumaschinen an und werden in Stellung gebracht, Hundezwinger gebaut und Baracken für die Polizei aufgestellt. Es werden Lichtkabel gezogen und Flutlichtmasten aufgestellt, um das Gelände auch nachts taghell zu erleuchten. In der Nacht vom 29. zum 30. 10. wird um den Bauplatz ein 1,50 m tiefer Graben gezogen und mit Wasser gefüllt. Es werden Pfähle eingerammt. Am Dienstag früh besichtigen Politiker den Kriegsschauplatz und geben unverschämte Erklärungen ab. So höhnte der Landrat Bauer: *„Normale Sicherung einer Großbaustelle"* und *„Wir brauchen hier nämlich keine Angst vor Diskussionen mit der Bevölkerung zu haben, egal, ob sie dafür oder dagegen ist."*

Er und seine Kumpane sollten sich aber getäuscht haben, wenn sie geglaubt hatten, mit ihrer Nacht- und Nebelaktion die Bevölkerung einschüchtern und vom Kampf abhalten zu können.

„Im Moment", erklärte ein Brokdorfer gegenüber einer Lokalzeitung am Dienstag, *„ist bei uns zwar noch alles ruhig, aber das nehmen wir nicht so einfach hin. Haben Sie schon einmal etwas von der ‚Ruhe vor dem großen Sturm' gehört?"* Genossen der Partei, die kurz darauf mit den Bauern sprachen, berichten: Überall waren die Bauern äußerst empört. Sie sprachen von einem „Überfall auf unser Land" und meinten: „Das sind Gestapo-Methoden wie bei Hitler". Sie waren zum



Mit Wasserwerfern, Chemical-Mace geht die Polizei gegen die Brokdorfer Bevölkerung vor.

Fortsetzung auf S. 6, Spalte 3



Genosse Enver Hoxha, 1. Sekretär der PAA, empfängt Genossen Ernst Aust auf dem 6. Parteitag der PAA im Jahr 1971.

Delegation der KPD/ML auf dem 7. Parteitag der PAA

Empfang bei Genossen Enver Hoxha

Am 1. November hat in Tirana der 7. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens begonnen. Auf Einladung des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens nimmt an dem Parteitag auch eine Delegation der KPD/ML, die von Genossen Ernst Aust, dem Vorsitzenden der Partei, geleitet wird, teil.

Auf Einladung der Zeitung „Zeri i Popullit", Organ des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens, nimmt an dem Parteitag auch die Genossin Karin Wagner für den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, teil. Die Delegation unserer Partei ist am 29. Oktober, gemeinsam mit den Delegationen anderer marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen, die an dem Parteitag teilnehmen, auf dem Flughafen von Tirana, Rinas, eingetroffen. Aus diesem Anlaß war der Flughafen mit Nationalflaggen und roten Fahnen und Losungen geschmückt.

Um die Delegationen willkommen zu heißen, waren das Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens, Ramiz Alia, sowie weitere Führer der Partei der Arbeit Albaniens und Werktätige der Hauptstadt erschienen. Eine Gruppe von Pionieren überreichte den Freunden Blumensträuße.

Am 30. Oktober empfing Genosse Enver Hoxha, der größte lebende Marxist-Leninist, 1. Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens, die Delegationen der marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen und die übrigen Freunde, die am 7. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens teilnehmen. An diesem Empfang nahm auch die von Genossen Ernst Aust geleitete Delegation der KPD/ML teil. Ebenfalls zu dem Empfang geladen war Genossin Karin Wagner.

Auf dem Empfang waren außerdem weitere führende Persönlichkeiten der Partei und des Staates zugegen.

Der Empfang verlief in einer sehr herzlichen und freundschaftlichen Atmosphäre.

Herbstgutachten der "Konjunkturforscher"

Propaganda für Lohnabbau

In der letzten Woche legten die fünf „Konjunkturforschungsinstitute" ihr sogenanntes „Herbstgutachten" vor. In Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung des kommenden Jahres prophezeihen die „fünf Weisen", daß sich der sogenannte „Wirtschaftsaufschwung" in gedämpfter Form fortsetzen werde. Das große Arbeitslosenheer allerdings wird sich auch nach ihrer Prognose nicht wesentlich verkleinern. Außerdem schränken die Herren ihre Prognose auch gleich wieder ein: Es könne auch schlimmer kommen. Z. B. wenn infolge eines stärkeren wirtschaftlichen Einbruchs in den wichtigsten kapitalistischen Ländern die Exportmöglichkeiten der westdeutschen Wirtschaft eingeschränkt würden. Haben Presse und Fernsehen allein wegen dieser verwaschenen Voraussagen soviel Aufhebens um dieses „Gutachten" gemacht? Wohl kaum. Der Grund liegt vielmehr darin, daß die „fünf Weisen" in ihrem „wissenschaftlichen Gutachten" gleichzeitig ein lautes Geschrei nach Lohnverzicht und „Maßhalten" angestimmt haben, das an die Adresse der Arbeiterklasse gerichtet ist.

So schreiben sie z. B.: „Diese Relationen deuten darauf hin, daß auch 1977 eine Verschiebung der Einkommensverteilung zugunsten der Gewinne erforderlich ist ..." Da kommt doch jedem klassenbe-

Fortsetzung auf Seite 5

AUS DEM INHALT

Bundesrepublik im Sicherheitsrat . . 2
Machtkonzentration in Honeckers Hand 2
Hoch lebe der 7. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens 3
Klöckner plant Kurzarbeit 4
Arbeitsbeschaffungsprogramm der Bundesregierung — Profitsteigerungsprogramm für die Kapitalisten 5
Herbstgutachten der „Konjunkturforscher": Propaganda für Lohnabbau . . 5
Prozeßwelle gegen die revolutionäre Presse 7
Roter – Antikriegstagsprozeß gegen Volker Nieber: 10 Monate Gefängnis ohne Bewährung 7
„Elan"-Artikel über China: Revisionistenhetze gegen Genossen Mao Tsetung 8
Im Kampf gegen die Supermächte an den grundlegenden Lehren des Vorsitzenden Mao Tsetung festhalten 9

Bundesrepublik im Sicherheitsrat

Aggressive Ziele, grosse Ambitionen

In der vergangenen Woche ist die Bundesrepublik für zwei Jahre Mitglied des Weltsicherheitsrates der UNO geworden. Obwohl sie gegenüber allen anderen neu in den Sicherheitsrat gewählten Ländern die wenigsten Stimmen bekommen haben, barsten die westdeutschen Imperialisten förmlich vor Genugtuung und prahlten, wie Außenminister Genscher, mit dem gestiegenen wirtschaftlichen und politischen Gewicht der Bundesrepublik. Sie brachten klar zum Ausdruck, daß die Mitgliedschaft im Weltsicherheitsrat für sie ein Mittel zur Verwirklichung ihrer expansionistischen und revanchistischen Ambitionen ist.

Neben der verstärkten Aggressions- und Expansionspolitik des russischen Sozialimperialismus und des USA-Imperialismus zeigt sich heute auch immer mehr die revanchistische Expansionspolitik des westdeutschen Imperialismus. Es ist eine Tatsache, daß sich die westdeutschen Imperialisten heute in der EG offen die führende Rolle anmaßen und versuchen ihren westeuropäischen Verbündeten ihren Willen aufzuzwingen, sie zu schwächen und ihnen Schwierigkeiten zu bereiten. So waren z. B. die Milliardenkredite des westdeutschen Finanzkapitals an Italien, so sind die geplanten großen Kredite an England mit Bedingungen und Ultimaten der westdeutschen Imperialisten verbunden. Die Maßnahmen, die sie von der italienischen und englischen Regierung verlangen, gipfeln in der Aufforderung, mit allen Mitteln die Ausbeutung und Ausplünderung der italienischen und englischen Werktätigen voranzutreiben und ihre Kämpfe niederzuschlagen.

Zugleich betreiben die westdeutschen Imperialisten gegenüber den Entwicklungsländern in Afrika, Lateinamerika, im Nahen Osten immer offener eine neokolonialistische Politik. Sie plündern die Rohstoffe dieser Länder und beteiligen sich an der Ausbeutung der billigen Arbeitskräfte. Niemals zuvor haben die westdeutschen Imperialisten soviel Kapital in anderen Ländern investiert wie heute.

Die westdeutschen Imperialisten haben mit der Bundeswehr nicht nur eine der größten und aggressivsten Armeen zur Verfügung, die Waffenschmieden an Rhein und Ruhr liefern auch Panzer, U-Boote, Maschinengewehre und sogar Anlagen zur Herstellung von Atomwaffen in großem Umfang an andere Länder. Der aggressive und expansionistische Kurs des westdeutschen Imperialismus liegt in seiner Natur begründet. Die modernen Revisionisten der D„K"P und die Opportunisten versuchen gerade diese Tatsache zu vertuschen. So schreibt die revisionistische „UZ": „Es schadet ihr (der Bundesrepublik – RM), wenn die Delegation aus Bonn bei jedem Konflikt zwischen dem Imperialismus und Antiimperialismus auf der falschen Seite zu finden ist." Als ob der westdeutsche Imperialismus jemals auf der Seite des Kampfes gegen den Imperialismus stehen könnte. Mit solchen Predigten nehmen die modernen Revisionisten den westdeutschen Imperialismus in Schutz, beschönigen seine reaktionäre und aggressive Natur und hängen ihm einen Schafspelz um. Ganz ähnlich die „Rote Fahne" der GRF. Sie fordert die westdeutschen Imperialisten auf, den „Dialog mit der dritten Welt anzustreben." Die westdeutschen Imperialisten streben etwas ganz anderes an. Sie streben die Ausplünderung und Unterdrückung der Entwicklungsländer an, wie es ihrer Natur entspricht, und nur der entschlossene Kampf der unterdrückten Völker und Nationen kann sie in ihre Schranken verweisen – ohne daß sie deshalb ihre aggressiven und expansionistischen Absichten aufgeben würden.

Der reaktionäre Unsinn der modernen Revisionisten und Opportunisten dient einem Ziel: in den werktätigen Massen unseres Landes Illusionen über den Imperialismus zu schüren, sie zur Kapitulation vor ihm aufzufordern und die Notwendigkeit der proletarischen Revolution zum Sturz des imperialistischen Ausbeutersystems zu vertuschen.

Bei ihrem expansionistischen und aggressiven Kurs ziehen die westdeutschen Imperialisten aus der Hilfe und der Rivalität der beiden imperialistischen Supermächte ihren Nutzen. **„Die ständige Unterstützung und Förderung der USA und die aufeinanderfolgenden Zugeständnisse der sozialimperialistischen Sowjetunion"**, sagte Genosse Reis Malile, der Leiter der albanischen Delegation vor der UNO, **„haben als Ermutigung gedient, um die revanchistischen Tendenzen in der Deutschen Bundesrepublik zu verstärken. Von Jahr zu Jahr haben die Regierungen dieses Landes ihre Anstrengungen vergrößert, die Deutsche Bundesrepublik auf die Bühne der Geschichte zu bringen, ohne den Verpflichtungen nachzukommen, die ihr auferlegt sind, da Deutschland nach der Zerschlagung des Hitlernazismus durch die Völker der antifaschistischen Koalition aus dem zweiten Weltkrieg als besiegter Staat hervorging."**

Heute tönt Genscher: ein „Kapitel unserer Geschichte" ist „geschlossen". Aber die Völker Europas und der Welt haben dieses „Kapitel" nicht vergessen und betrachten es auch nicht als abgeschlossen. Sie verstärken ihren Kampf auch gegen den westdeutschen Imperialismus, in dem nach wie vor Krupp und Abs und Thyssen, die deutsche Monopolbourgeoisie, die Hitler in den Sattel hob, herrscht. **Geschlossen wird dieses Kapitel erst dann sein, wenn der westdeutsche Imperialismus durch die proletarische Revolution gestürzt ist.**

Machtkonzentration in Honeckers Hand

Diktator von Moskaus Gnaden

Auf der konstituierenden Tagung der neu„gewählten" Volkskammer der DDR wurde am 29. 10. Honecker zum Vorsitzenden des Staatsrats gewählt. Er vereinigt damit die drei wichtigsten Ämter – Generalsekretär der SED, Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates und nun Staatsoberhaupt – im DDR-Staat auf sich. Willi Stoph, vorheriger Staatschef wurde Vorsitzender des Ministerrats und der von diesem Amt abgesetzte Sindermann wurde Präsident der Volkskammer.

Diese Umbesetzungen bedeuten nichts anderes als eine weitere Zentralisierung der Macht in der DDR. Einmal wurden die Machtpositionen des Moskauer Lakaien Honecker weiter ausgebaut; so hat er als Vorsitzender des Staatsrats, der die zentrale Instanz der DDR-Regierung ist, das entscheidende Wort bei der Berufung der Mitglieder des sogenannten Nationalen Verteidigungsrats, bei der Nominierung des Vorstands und der Richter des obersten DDR-Gerichts und des Generalstaatsanwalts. Zum anderen wurden die Macht- und Einflußpositionen der SED weiter verstärkt, da jetzt alle wichtigen Staatsämter von der sozialfaschistischen SED Besetzt sind.

Honecker sprach klar aus, weshalb diese Machtkonzentration notwendig ist: Es komme jetzt darauf an, in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des 9. Parteitags der SED und der Verfassung der DDR, den Staat weiter auszubauen. Damit ist gemeint, daß der Staatsapparat als Unterdrückungsinstrument der neuen Bourgeoisie in der DDR und der russischen Sozialimperialisten gegen das Volk noch besser ausgerüstet werden soll, um jeglichen Widerstand des Volkes gegen eben jene Politik des 9. Parteitags und der Verfassung niederzuhalten.

Mögen sie im „Palazzo Prozzi" wie auch bei dieser Volkskammersitzung noch so viel davon reden, wie „tief in unserem Volk verwurzelt" „der Bruderbund mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern ist", wie beständig sich das Lebensniveau der Werktätigen hebt, wie sehr sie für „Frieden" und „Entspannung" eintreten – die deutschen Arbeiter und Werktätigen in der DDR wissen es anders. Ihnen sitzt der russische Militärstiefel im Nacken und die wirtschaftliche Ausplünderung durch die Sozialimperialisten bedeutet für sie doppelte Ausbeutung. Interesse am „Bruderbund" bzw. am „Freundschaftsvertrag", der die DDR „für immer und unwiderruflich" an die Sozialimperialisten ketten soll, hat nur die neue Bourgeoisie der DDR, die ihre Herrschaft auf die russischen Bajonette stützt.

Der verschärfte sozialfaschistische Kurs der DDR-Machthaber gerade nach dem 9. Parteitag stößt auf den Widerstand des Volkes. Und deshalb muß dieser Kurs abgesichert werden durch eine fortschreitende Zentralisierung der Macht, durch die verschärfte Kontrolle aller Lebensbereiche der Arbeiter und Werktätigen durch die sozialfaschistische SED. Hand in Hand damit nimmt die Bespitzelung, die Verstärkung und Aufrüstung der Polizei und Armee zu. Dies alles zeigt, daß die Honecker-Clique gegen das Volk eine Diktatur nach Hitlers Art ausübt, die sie ständig weiter „vervollkommnet".

Faschistische Unterdrückung wird dort gebraucht, wo es Widerstand gibt, zu keinem anderem Zweck ist sie notwendig. Für die Arbeiter und Werktätigen in der DDR wird durch diesen neuen Schritt der Machtkonzentration in den Händen einer faschistischen Clique der volksfeindliche Charakter des DDR-Regimes nur deutlicher und der Widerstand wird wachsen. Keine Unterdrückungsmaßnahme kann verhindern, daß das deutsche Volk in der DDR genauso wie in der DBR den Kampf unter Führung seiner marxistisch-leninistischen Partei, der KPD/ML aufnimmt mit dem Ziel sich ein vereintes, unabhängiges und sozialistisches Deutschland zu erkämpfen.

Kurz berichtet

BOCHUM

Vor kurzem fand in Bochum ein Kulturabend über Literatur und Kunst in der VR China statt. Ca. 20 Freunde und Genossen hörten Auszüge aus der Rede des Genossen Mao Tsetung über Literatur und Kunst in Yenan. Außerdem wurden Dias aus der revolutionären Peking-Oper „Die Rote Frauenkompanie" gezeigt und mehrere Lieder gesungen. Unter den Gedichten, die vorgetragen wurden, handelte eines über den Kampf der chinesischen Kommunisten gegen den bürgerlichen Machthaber Deng Hsiao-ping während der Großen Proletarischen Kulturrevolution: „Wind von rechts, Sturm von links".

Begeistert wurde eine Szene aus einem chinesischen revolutionären Film aufgenommen, die vom AP-Trupp vorgetragen wurde. Dieser Film berichtet vom Kampf der chinesischen Kommunisten gegen die bürgerlichen Machthaber in der Partei, die auf dem Gebiet der Erziehung versuchen, ihr revisionistisches Gift in die Massen zu tragen. So unterrichtete ein Lehrer, der den kapitalistischen Weg ging, seine Schüler über alle möglichen Pferdearten, über ihre Kopfformen, verschiedene Schwanzarten usw. Die Schüler wehrten sich dagegen und wiesen nach, daß es in ihrem Gebiet überhaupt keine Pferde gibt, sondern Rinder und Schweine. Sie wollten nicht über Dinge unterrichtet werden, mit denen sie in der Praxis nichts anfangen können. An der Schule, im ganzen Dorf entwickelte sich der Kampf, Wandzeitungen wurden aufgehängt, die Dorfbewohner gaben den Schülern recht und der Lehrer wurde zur Selbstkritik aufgefordert. Der Unterricht wurde entsprechend den Erfordernissen geändert.

Am Schluß der Veranstaltung war allen Genossen, vor allem aber den Kollegen und Jugendlichen, die zum ersten Mal eine Veranstaltung der Partei besuchten, klar geworden, welche großen Kluften zwischen der Kunst und Kultur eines sozialistischen Landes und unserem kapitalistischen System bestehen.

GIESSEN

Am 27. Oktober hat die ROTE GARDE Gießen eine Veranstaltung mit dem Thema: „Die Bonzenkinder machen ihren Weg" durchgeführt. Ein Flugblatt mit dieser Überschrift wurde an allen wichtigen Schulen Gießens verteilt. In dem Flugblatt wurde das kapitalistische und revisionistische Schulsystem, das im Dienst der alten und neuen Bourgeoisie steht, der Schule im sozialistischen Albanien gegenübergestellt, die in der Hand des Volkes ist. Außerdem klebten die Genossen für diese Veranstaltung selbstgemalte Plakate an den Schulen, wo auch das Flugblatt verteilt worden war. Zur Veranstaltung kamen dann 23 Freunde und Genossen. Zur Eröffnung wurde das „Lied der Roten Garde" gesungen, anschließend hielt eine Genossin eine Rede. Nach der Diskussion hatten die Genossen einen Lichtbildervortrag mit Ausschnitten aus der Broschüre zum Kampf gegen das Berufsverbot von Jürgen Janz, mit Karikaturen, Flugblättern usw. vorbereitet. Zum Schluß der Veranstaltung sammelten die Genossen insgesamt 40,26 DM für den weiteren Aufbau der ROTEN GARDE und konnten der Roten Hilfe durch den Verkauf von Bildern 12,50 DM übergeben.

Offen gesagt ...

Nazis "staatlich geschützt"

Immer dreister treten in den letzten Monaten offen faschistische Organisationen und Gruppierungen auf. Nach dem internationalen Faschistenkongreß in Hamburg vor wenigen Monaten veranstaltete am 23. Oktober nicht nur ein ehemaliges Luftwaffen-Stukageschwader der Hitlerwehrmacht ein Traditionstreffen bei Freiburg unter Beteiligung hochdekorierter Nazikriegsverbrecher. Auch die ehemalige Waffen-SS feierte in Hannover und Mannheim das 25-jährige Bestehen der HIAG, der Tarnorganisation, unter deren Mantel sie seither faschistische Aktivitäten und Gedankengut entfaltet und verbreitet. Und nicht nur die Luxusautos und die juwelenbehängten Begleiterinnen der Teilnehmer zeigten, wer sich hier trifft; auch die schützende Hand des Staates über diesen Feiern konnte nicht übersehen werden. Das Militaristentreffen in Freiburg fand auf Einladung hoher Offiziere ganz offiziell in einer Bundeswehrkaserne statt; die Genehmigung dazu hatte das Verteidigungsministerium in Bonn ausdrücklich erteilt. In Hannover war ein starkes Polizeiaufgebot eingesetzt, um die Nazis vor Antifaschisten und der empörten Bevölkerung zu schützen. Neben dieser Hilfe von seiten des SPD-Polizeipräsidenten organisierte u.a. ein CDU-Sekretär das Treffen, und die Fernsehberichterstattung vom Norddeutschen und Westdeutschen Rundfunk gab ihm die nötige Publizität.

An diesen Ereignissen zeigt sich einmal mehr ganz deutlich: Der bürgerliche Staatsapparat, das Instrument der Kapitalistenklasse, treibt nicht nur selbst die Faschisierung voran, verurteilt Revolutionäre zu immer höheren Gefängnisstrafen, verfolgt die Werktätigen mit wachsendem Polizeiterror usw., sondern er schützt und fördert auch die offen faschistischen Verbrecherbanden an allen Ecken und Enden. Dem braunen Gesindel muß überall entschlossen entgegengetreten werden, wo es aus seinen Löchern kriecht, um seine volksfeindliche Propaganda zu verbreiten.

Aber man darf dabei nicht vergessen, daß die Hauptquelle der Faschisierung, bei aller heuchlerischen Distanzierung von den offenen Nazis die Monopolbourgeoisie selbst und ihr Staatsapparat sind, welche bürgerliche Partei auch immer am Ruder sein mag. Endgültig beseitigen und ausrotten kann man die Faschisten und die Gefahr des Faschismus deshalb nur durch die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats, durch die Machtergreifung der Arbeiterklasse und die schonungslose Unterdrückung der Ausbeuter und all ihrer verschiedenen offenen und versteckten Handlanger.

Von dieser Tatsache wollen die Revisionisten der D„K"P ablenken, wenn sie uns weismachen wollen, man müsse die Faschisten und den Staatsapparat doch aufs Grundgesetz aufmerksam machen, das Ganze sei doch ungesetzlich! Damit soll verschleiert werden, daß die Bourgeoisie selbst und damit ihr ganzer Staat samt seinen Gesetzen hinter den Faschisten steckt; eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus. Der „Kampf gegen das Rechtskartell" soll also nur den eigentlichen Feind dem Angriff entziehen.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 – 465. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Bäthies, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise: wöchentlich samstags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o.a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Hoch lebe der 7. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens!

Am 1. November hat der 7. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens in der Hauptstadt Tirana begonnen. Mit der Hacke in der einen Hand, in der anderen das Gewehr, hat das gesamte albanische Volk voller Vertrauen in seine Partei und seinen sozialistischen Staat diesen Parteitag vorbereitet. Im ganzen Land herrscht ein hoher revolutionärer Geist, um die Aufgaben und Verpflichtungen an allen Fronten des sozialistischen Aufbaus ehrenvoll zu erfüllen. Der Oktober wurde zum „Monat des Sturms" auf allen Gebieten ausgerufen. In Industrie und Landwirtschaft, Erziehung und Wissenschaft, Kultur und Kunst wurden großartige Erfolge errungen. Die Werktätigen der Bezirke des Landes überboten den Neunmonateplan für die industrielle Gesamtproduktion. In jedem Bezirk wurde darum gekämpft, den Zehnmonateplan vorfristig zu erfüllen. All diese Erfolge konnte das albanische Volk nur erreichen, weil es sich auf seine eigenen Kräfte stützt und nicht, wie es die Chruschtschows von gestern und heute predigen, durch finanzielle und technische „Hilfe" aus dem kapitalistischen Ausland. Das Prinzip, sich auf die eigenen Kräfte zu stützen, hat tiefen politischen, ideologischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Charakter. Es erstreckt sich auf alle Bereiche und dient dazu, die Diktatur des Proletariats zu festigen, den Glauben an den Sieg des Sozialismus über den Kapitalismus zu verankern, ununterbrochen die sozialistische Produktionsweise zu schaffen, zu entwickeln und zu vervollkommnen und das Bewußtsein und die Taten der breiten werktätigen Massen zu revolutionieren.

Viele Werktätigenkollektive kämpften darum, ihre Jahresverpflichtungen bereits am 1. November, dem Tag der Eröffnung des 7. Parteitages, zur Wirklichkeit zu machen. Beträchtliche Mengen Erdöl, Chrom, Chrom- und Kupferkonzentrat, Rohkupfer, Kunstdüngemittel und eine Reihe Artikel des täglichen Bedarfs wurden über den Plan hinaus erzeugt. Außerdem vertieften die Werktätigen ihr schöpferisches Denken, um verstärkt neue Produkte herzustellen. Der größte begeisternde Erfolg, über den bereits im RM 44 berichtet wurde: Am 15. Oktober wurde im Stahlwerk des Hüttenkombinats Elbasan der erste Stahl albanischer Herkunft abgegossen, am 24. Oktober wurde das Kernstück des Stahlwerks zusammen mit der Sauerstoffabrik und der Dolomit- und Kalkabteilung eingeweiht. Zuvor war den Erbauern des Hüttenkombinats, wie zahlreichen Brigaden und Produktionskollektiven im ganzen Land, der hohe Titel **„Stoßarbeiter des 35. Gründungstages der PAA"** verliehen worden.

Die großen Erfolge bei der Entwicklung der Volkswirtschaft hängen eng mit den zahlreichen Investitionen für das Bauwesen zusammen. Die korrekte Politik der PAA auf dem Gebiet der Investitionen und des Bauwesens führte dazu, daß sich die sozialistische Wirtschaft rapide entwickelte und in einer kurzen Zeitspanne die aus der Vergangenheit ererbte tiefe Rückständigkeit überwand, selbständig und in die Lage versetzt wurde, **jedem Druck der feindlichen imperialistisch-revisionistischen Einkreisung und Blockade, oder den Auswirkungen der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise der kapitalistischen und revisionistischen Länder zu widerstehen.**

Investitionen und eine umfangreiche Bautätigkeit erfolgten nicht nur, um die Industrie zu entwickeln, sondern auch die übrigen Wirtschaftszweige, vor allem die Landwirtschaft. Sie sind Teil der aufeinanderfolgenden Maßnahmen, die in Albanien ergriffen wurden, um das **sozialistische Dorf allseitig zu entwickeln und die wesentlichen Unterschiede zwischen Stadt und Land weiter zu verringern.**

Wie Radio Tirana meldet, wurde auch in der Landwirtschaft dem 7. Parteitag und dem Jubiläum des 35. Jahrestages der PAA mit revolutionärem Schwung entgegengearbeitet: In den verschiedenen Bezirken des Landes wurden an der Front der landwirtschaftlichen Produktion eine Reihe von Massenaktionen mit konzentriertem Schlag unternommen, um die vielen Saisonarbeiten in optimaler Frist zu erledigen. Fast zwei Wochen lang beteiligten sich Tausende Menschen des Bezirks Saranda aus Stadt und Land an einer Aktion mit konzentriertem Schlag, um Mais, Reis und Sonnenblumen zu ernten, den Boden auf die Herbstaussaat vorzubereiten und um Trokkenlegungsarbeiten zu verwirklichen.

Tausende Werktätige der Arbeits- und Produktionsstätten des Bezirks Librazhd, die die Losung **„Die Landwirtschaft, Sache des ganzen Volkes"** in die Tat umsetzen, beteiligen sich seit dem 21. Oktober an einer zehntätigen Massenaktion an der Front der landwirtschaftlichen Produktion. Vier Tage lang beteiligten sich an dieser Aktion auch etwa 6 000 Schüler. Die albanischen Werktätigen und die albanische Jugend, die den Geist der Aktionen



Junge Pioniere singen zu Ehren des 35. Gründungstags der Kommunistischen Partei Albaniens (heute Partei der Arbeit Albaniens)

hochhalten, bekunden ihre Entschlossenheit, das Bündnis der Arbeiterklasse mit den Genossenschaftsbauern noch mehr zu festigen, um mit all ihren Energien dem Allgemeininteresse zu dienen.

Überall steht die Jugend mit an vorderster Front bei der Verwirklichung der Ziele zum 7. Parteitag. **Genosse Enver Hoxha vermittelte in einem Brief an die jugendlichen Freiwilligen beim Bau der Eisenbahnlinie im Hüttenkombinat Elbasan Ideen, Lehren und Aufgaben, die zu einer großen Quelle des Ansporns für die albanische Jugend wurden.** Auf dem Plenum des ZK des Verbandes der Jugend der Arbeit Albaniens, das kürzlich stattfand, wurde unterstrichen, daß die Jugend machtvoll die Eigenschaften der kommunistischen Moral unter Beweis stellt, Seiten des Heldentums in jeder Hinsicht aufschlägt und den Geist der revolutionären Aktionen und Initiativen hochhält.

„Stärker denn je", schreibt das ZK des Verbandes der Jugend der Arbeit Albaniens in seinem Kommunique über die Ergebnisse des sozialistischen Wettbewerbs zum 35. Jahrestag der PAA, „setzte die junge Generation Albaniens in diesem Jahr alle Kräfte ein und erhob sich zu einem allseitigen Klassenkampf, um die wichtigen Beschlüsse der PAA und die Lehren des Genossen Enver Hoxha in die Tat umzusetzen."

Tausende und Abertausende Jugendliche aus den Reihen der Arbeiterklasse, der Genossenschaftsbauern, der Schüler und Studenten haben, wie Radio Tirana berichtet, an den von der Jugend unternommenen nationalen und lokalen Aktionen teilgenommen. An der Volksaussprache über den Verfassungsentwurf der Sozialistischen Volksrepublik Albanien und über den Entwurf der Direktiven für den 6. Fünfjahrplan 1976-1980 nahm umfassend die junge Generation teil, wobei sie wertvolle Meinungen äußerte und etliche Initiativen mit tiefem revolutionären Inhalt ergriff.

„All dies", heißt es weiter in dem Kommunique, **„ist ein weiterer wichtiger Ausdruck dafür, daß die junge Generation des sozialistischen Albanien zusammengeschlossen in dem Jugendverband unter Führung der PAA unerschütterlich auf revolutionärem Standpunkt steht, um die Stafette des Sozialismus und der Revolution zu übernehmen und weiterzutragen, um das Vaterland noch schöner und reicher zu machen."**

Die äußerst begeisterte Stimmung zum 7. Parteitag spürt man nicht nur in den Nachrichten über die Produktionserfolge, die die Werktätigen von Stadt und Land erzielen, bei der Einweihung der neuen Wirtschafts- und sozialkulturellen Werke, sondern auch an den zahlreichen Kunst- und Kulturveranstaltungen, die ein Echo auf die vom albanischen Volk unter Führung der PAA erzielten großen Siege sind. Im Oktober wurde der Monat der Literatur und Kunst organisiert. In diesem Rahmen holten die Schriftsteller und



Metallarbeiter feiern stolz ihre Siege und Errungenschaften beim Aufbau des Sozialismus und grüßen die PAA mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze am 1. Mai 1976

Künstler in Arbeits- und Produktionsstätten, Schulen und verschiedenen Institutionen die Meinung der Werktätigen ein, hörten auf ihre Forderungen und diskutierten über die gegenwärtigen Erfolge in Literatur und Kunst sowie über ihre künftigen Pläne. **Die Interessiertheit der Gesellschaft an Literatur und Kunst hängt vor allem mit der wichtigen Rolle zusammen, die diese bei der Vertiefung der ideologischen und kulturellen Revolution spielen.**

In diesem Jahr wurde eine große Zahl Konzerte gegeben und einige Bühnenwerke wurden fertiggestellt, wie das Ballett „Dieses große Stück Land", die Oper „Die rote Zelle", die Operette „Das Dorf der Jugend" und anderes. Vor dem Abschluß stehen die Oper „Unsere Erde" und weitere musikalische Bühnenwerke, die das Massenheldentum in der Revolution und beim sozialistischen Aufbau widerspiegeln, die großen sozialökonomischen Umgestaltungen in Albanien in den Jahren nach der Befreiung. Seit Januar dieses Jahres wurden 107 Literaturwerke veröffentlicht, und bis Ende des Jahres sollen weitere 119 im Buchhandel erscheinen. Einen großen Schritt nach vorne hat auch das albanische Filmwesen getan. 1976 wurden doppelt so viele Spielfilme wie in jedem Jahr des vergangenen Fünfjahrplans gedreht. In zahlreichen Bezirken des Landes wurden Ausstellungen der bildenden Künste eröffnet. Die besten Werke der albanischen Maler und Bildhauer werden demnächst in der nationalen Ausstellung der bildenden Künste in Tirana ausgestellt werden.

Eine wichtige Grundlage zur Weiterführung der Revolution ist das neue polygraphische Kombinat, ein Geschenk der PAA an das Volk zum 7. Parteitag und zum 35. Gründungstag der Partei. Bei der Einweihung sagte die Ministerin für Bildung und Kultur, Tefta Cami, daß die polygraphische Industrie ein wichtiges Mittel ist, um die Ideologie der Partei, ihre marxistisch-leninistische Linie zu verbreiten und Bildung und Kultur unter die breiten Massen des Volkes zu tragen

Genosse Enver Hoxha, der größte heute lebende Marxist-Leninist und Führer des albanischen Volkes, hat in der Rede vor seinen Wählern im Wahlkreis 209 von Tirana am 3. Oktober 1974 seine Überzeugung ausgedrückt, „daß unsere werktätigen Massen immer den hohen revolutionären Geist, der unser Volk stets ausgezeichnet hat, behalten werden, daß sie alle ihre Kräfte mobilisieren werden, um die Planaufgaben vollständig zu verwirklichen, daß sie die uns fremden Einflüsse und Ideologien energisch bekämpfen werden und daß sie die große Sache des Aufbaus des Sozialismus in Albanien immer vorantreiben werden."

So hat unter der Führung der Partei mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze jeder Werktätige in Stadt und Land, das gesamte albanische Volk seinen Beitrag zum Gelingen des 7. Parteitags der PAA beigetragen.

In ihrer festen unerschütterlichen Verbundenheit haben Volk und Partei den Beweis geliefert, daß beim Aufbau des Sozialismus großartige Erfolge erzielt werden können, wenn man den Marxismus-Leninismus praktiziert, am Klassenkampf festhält und die Diktatur des Proletariats im scharfen Kampf gegen den modernen Revisionismus und alle Angriffe der Bourgeoisie verteidigt, den Beweis für die unendliche Überlegenheit des Sozialismus und die Entfaltungsmöglichkeiten der Schöpferkraft der Massen, wenn sie von den Fesseln der kapitalistischen Produktionsweise befreit sind. **Der 7. Parteitag und der 35. Jahrestag der PAA sind für die Arbeiterklasse und die Werktätigen, für die Völker der Welt ein leuchtendes Vorbild und Ansporn, es dem albanischen Volk gleichzutun und sich vom Joch der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien.**

Parteiveranstaltungen

Veranstaltungen zum 7. Parteitag der PAA und 35. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Albaniens (später PAA)

Friedrichsthal-Bildstock (Saar)
Gaststätte „Turnheim", Illingerstr. am 6.11. um 19.30 Uhr

Kassel
Gaststätte „Bürgerschenke" Wehlheider Kreuz am 14.11. um 19 Uhr

Neumünster
Aula der Eichendorfschule (bei AEG) am 8.11. um 19 Uhr

Nürnberg
Gaststätte „Schlachthof", Schlachthofstr., am 13.11. um 17 Uhr

Bochum
Gaststätte „Sport-Eck", Heinrich-Gustav-Straße, am 13.11. um 19 Uhr

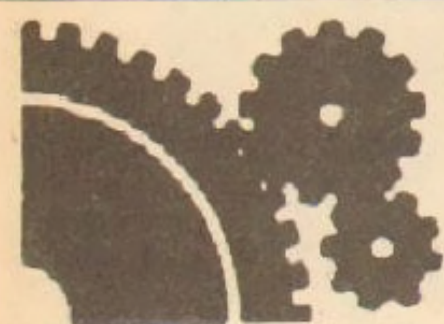
Darmstadt
Gaststätte „Zur Kanne" am 16.11. um 20 Uhr

Wetzlar
Gaststätte „Altenberger Eck" am 13.11. um 19 Uhr

Westberlin-Reinickendorf
Gaststätte „Zum Treffpunkt", Holländerstr. Ecke Vierwaldstätterweg, Buslinie 61 und 72 am 10.11. um 18 Uhr

Hannover
Veranstaltung der Roten Garde
Am 13. 11., Beginn 17 Uhr im Freizeitheim Linden.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

Wachsender Widerstand gegen Sonderbeitrag des IG-Druck-Apparates

Zwei Tage bevor der „Rote Morgen" mit dem Leitartikel gegen die Beitragserhöhungen des DGB-Apparates erschien, fand bei uns eine Mitgliederversammlung des Bezirks Stuttgart der IG Druck und Papier statt. Erster Tagesordnungspunkt war der 13. Monatsbeitrag, den die Druck und Papier-Bonzen von uns als Quittung für ihren Verrat im Streik haben wollen. Da es überall seitens der Kollegen Proteste in „recht vielfältiger Weise" (IG Druck und Papier-Vorsitzender Mahlein) geregnet hatte, hatten sie für diese Versammlung das Hauptvorstandsmitglied Schüssler, zugleich Hauptkassierer, aufgeboten. Anwesend waren ca. 80 Personen, von denen allerdings ein ganz großer Teil altgediente untere Funktionäre sowie Orts- und Landesbezirksvorstandsmitglieder waren. Kollegen waren sehr rar.

In seinem Referat beschimpfte Schüssler die Kollegen, die, wie auch in unserem Betrieb, den Sonderbeitrag fast alle ablehnen und einen großen Haß auf die Bonzen haben, wüst. Unverschämt hetzte er, wo denn jetzt auf einmal die große Solidarität aus dem Streik geblieben sei. Vor allen Dingen hatte er überhaupt kein Verständnis für die berechtigte Frage der Kollegen, wo denn die Beitragsgelder der letzten 25 Jahre geblieben seien. „Wie keine andere Gewerkschaft hat die IG Druck und Papier in den letzten Jahren und Jahrzehnten am Ende jeden Jahres eine genaue Abrechnung mit vielen Daten veröffentlicht." Da sollten die Kollegen doch gefälligst nachlesen. „Die Organisation hat sich den Nachweis, wo das Geld geblieben ist, viel Geld kosten lassen", rief er aus und man konnte gut seine jahrelangen und umfangreichen Bemühungen nachfühlen, den Kollegen schmackhafte und gefällige Bilanzen unterzujubeln. Ein Kollege kommentierte seine Verrenkungen so: „Der schwätzt wie ein Bankier, der seine Bilanz für das Finanzamt erläutert."

In der anschließenden Diskussion sprach als erster ein Kollege von Mair. Er griff scharf den Sonderbeitragsbeschluß an und las eine Erklärung vor, in der 15 von 23 Gewerkschaftsmitgliedern der Druckerei durch ihre Unterschrift gegen den Sonderbeitrag protestierten und erklärten, daß sie nicht bereit seien, ihn zu bezahlen. Der Kollege machte klar, daß der Sonderbeitrag ein „Strafzettel" für unseren Streik sei und in eine Reihe mit dem lächerlichen 6%-Lohnraubabschluß und dem Abbruch des Streiks ohne Urabstimmung gehöre – alles Versuche, uns unsere Kampfbereitschaft auszutreiben. Die 33 Millionen DM, die der Streik offiziell gekostet haben soll, seinen das Beitragsaufkommen von noch nicht einmal 1 1/2 Jahren. Das beweise, daß die Herren von der Gewerkschaftsführung für alles andere lieber Geld ausgegeben hätten als für einen Streik. Weder Mitbestimmungsrummel noch DGB-Wahlprüfsteine würden für uns was bringen, sondern allein unser Kampf. Er und seine Kollegen seien nicht bereit, denen, die ihren Streik verraten hätten, auch noch ein Extrahonorar zu bezahlen. Er forderte die Abstimmung einer Resolution gegen den Sonderbeitrag.

Dieser Beitrag wurde von einem Kollegen der „Stuttgarter Nachrichten" unterstützt. Ein zweiter Kollege von Mair griff vor allem die Hetze von Mahlein in der Gewerkschaftszeitung an, wo er den Kollegen demagogisch vorwirft, sie wollten eine „Nachtwächter-Gewerkschaft". Ausgerechnet Mahlein, der vom ersten Streiktag an mit der Parole von der sechs vor dem Komma hausieren gegangen war. Aus dem Geschrei der Gewerkschaftsführer, sagte der erwähnte Kollege, daß der erweiterte Hauptvorstand für einen solchen Beschluß „satzungsgemäß zuständig" sei, könne man höchstens lernen, daß die Satzung offenbar nicht für uns da sei und daß wir uns deshalb nicht von der Satzung vorschreiben lassen, was unser Interesse ist. Während der Versammlung mußte einer der Bonzen auf mehrfaches Befragen außerdem zugeben, daß in Stuttgart Proteste gegen den Sonderbeitrag aus den Betrieben Centraldruck, Herrmann, Kohlhammer und einem weiteren gekommen sind. Von Kohlhammer haben wir inzwischen erfahren, daß die Führer der IG Druck und Papier sogar ein Hauptvorstandsmitglied auf eine Betriebsversammlung geschickt haben, das natürlich bei den Kollegen auf Widerstand gestoßen ist.

Zum Schluß der Versammlung wurde über die von dem Kollegen von Mair eingebrachte Resolution gegen den Sonderbeitrag abgestimmt. Sie wurde aber, da die Bonzen weit in der Überzahl waren, abgelehnt. Bei den Kollegen allerdings wächst der Widerstand gegen den Sonderbeitrag immer mehr und viele sind entschlossen, ihn einfach nicht zu zahlen.

Rot Front

Großes Interesse für Dia-Vortrag über die Volksrepublik Albanien

Ich arbeite in einem Institut, in dem erwachsene Arbeiter umgeschult werden. Im Sommer war ich im Urlaub in Albanien. Vielen Arbeitern erzählte ich nach der Rückkehr von meinen Eindrücken. Das stieß auf großes Interesse und einige fragten, ob ich nicht Lichtbilder hätte. Am Donnerstag, den 9. 9. machte ich deswegen eine kleine Veranstaltung. 16 Arbeiter kamen. Der Vortrag mit 70 Dias gestaltete sich sehr lebendig, denn zu den Dias wurden viele Fragen gestellt und lebhaft diskutiert. „Wie wird in Albanien gewählt? Wie werden die Normen festgelegt? Kann sich da nicht doch wieder eine Klasse bilden, die die Arbeiter unterdrückt?" Natürlich gab es auch Widersprüche. Da sagte z. B. einer: „Es muß auch da einen Antreiber geben, sonst wird nichts geschafft." Sofort konterten andere: „Mensch, hast du denn nicht kapiert! Die schaffen doch für sich, die wissen, warum sie reinhaun."

Zum Schluß des Vortrages zeigte ich Bilder von Denkmälern Lenins und Stalins und erklärte, warum die Albaner das Andenken Stalins so hoch halten. Zu meinem Erstaunen fand das nur Zustimmung. Anschließend setzten wir uns zusammen und diskutierten über die Frage, warum die sozialistische Revolution nur unter der Führung der kommunistischen Partei verwirklicht werden kann. Dabei propagierte ich die Grundsatzerklärung und den „Roten Morgen". Alle nahmen die Grundsatzerklärung und neun „Rote Morgen" wurden gekauft. Wir werden uns später nochmal zusammensetzen, um über die Grundsatzerklärung zu diskutieren.

Noch eine Überraschung: Am nächsten Tag sprachen mich mehrere Kollegen an, warum ich sie nicht informiert hätte. Sie wären auch gekommen. Ich hatte zwar die Veranstaltung allgemein angekündigt, aber doch nicht eindringlich genug einzelne angesprochen, sonst wären bestimmt noch mehr gekommen, denn das Interesse am Sozialismus – das spüre ich während meiner gesamten Arbeit – ist unter den Arbeitern ungeheuer groß.

Rot Front
Ein Genosse aus Frankfurt

Bremen: Klöckner plant Kurzarbeit

Ein brutaler Angriff auf die Löhne

Ab 1. November wollen die Klöckner-Kapitalisten 2 000 Kollegen auf Kurzarbeit setzen. Geplant ist, daß zwei Drittel der Arbeitszeit wegfallen soll und zwar soll nur noch auf Frühschicht gearbeitet werden. Das bedeutet, daß die Spätschicht- und Nachtschichtzulagen, die bei den Stahlarbeitern einen beträchtlichen Teil des Lohnes ausmachen (ca. ein Viertel), völlig wegfallen.

Für die betroffenen Kollegen bedeutet dies einen Lohnverlust von 600 DM im Durchschnitt. Es ist völlig klar, daß sie dadurch in eine bittere Notlage geraten würden. Wie sollen sie mit ihren Familien denn mit 600 Mark weniger leben können, ohne in die größten finanziellen Schwierigkeiten zu geraten? Dazu gerade jetzt, wo der Winter anfängt und noch zusätzliche Kosten für Heizung und auch für warme Kleidung fällig sind?

Die Klöckner-Kapitalisten scheren sich darum natürlich einen feuchten Dreck. Für sie ist das einzige, was zählt, ihr Profit; um sich Maximalprofite zu sichern, sind sie zu jeder Unmenschlichkeit bereit. Und daß sie die ganzen Lasten der gegenwärtigen Rezession und der verschärften Konkurrenz auf dem Stahlmarkt auf die Arbeiter und kleinen Angestellten abwälzen, rechtfertigen sie auch noch zynisch mit der Explosion am Hochofen II. Diese Explosion zerstörte vor kurzem einen Winderhitzer und beschädigte die anderen zwei. Damit ist der HO II für längere Zeit lahmgelegt. Aber sind etwa die Arbeiter daran schuld? Diese Explosion, bei der nur durch großes Glück keine Arbeiter ums Leben kamen oder schwer verletzt wurden, ist die Folge der verbrecherischen Vernachlässigung der Arbeitssicherheit durch die Kapitalisten.

Und trotz des Glückszufalls, der Tote und Verletzte bei der Explosion verhinderte, mußten die Arbeiter dann doch noch einen blutigen Tribut für die Profitgier der Klöckner-Kapitalisten bezahlen. Bei fieberhaften Versuchen, den HO II doch noch betriebsfertig zu machen und bei den gleichzeitigen Instandsetzungsarbeiten für den kleinen HO IV, der in Reserve stand, herrschte eine solche Arbeitshetze, daß es zu zwei schweren Arbeitsunfällen kam. Am 16. Oktober starb der Klöckner-Arbeiter Fritz Krückemeier, nachdem er am HO IV vom Gerüst gestürzt war. Am gleichen Tag stürzte an den Winderhitzern vom HO II ein Arbeiter der Firma Siemens vom Gerüst. Im Krankenhaus wurde Querschnittslähmung festgestellt.

Unter den Arbeitern und kleinen Angestellten auf der Klöckner-Hütte herrscht große Empörung über die Skrupellosigkeit der Konzernherren und ihre geplanten Angriffe auf die Belegschaft. Um diese Empörung zu entschärfen, die Kampfentschlossenheit der Kollegen zu zersetzen und sie zum Stillhalten zu verleiten, hat der Betriebsrat mit dem D„K"P-Bonzen Heinz Röpke an der Spitze ein übles Ablenkungsmanöver unternommen. Er hat bei der Einigungsstelle gegen die geplante Kurzarbeit Protest eingelegt und hat ein großes Gezeter losgelassen, daß die Kurzarbeit „rechtswidrig" sei, sie würde dieser und jener Bestimmung des Manteltarifvertrags widersprechen usw. Gleichzeitig erklärten diese Verräter jedoch, wie auch der „Weser-Kurier" (eine Bremer Tageszeitung) berichtete, sie seien „keineswegs grundsätzlich gegen Kurzarbeit". Auf diese Weise versuchen Röpke und Co. die Kollegen systematisch von der Notwendigkeit abzulenken, gegen die Angriffe der Klöckner-Bosse mit entschlossenen Kampfmaßnahmen zu antworten. Sie versuchen bei den Arbeitern Vertrauen in die bürgerlichen Gesetze und den bürgerlichen Staatsapparat zu säen, um zu verhindern, daß sie auf revolutionäre Weise für ihre Interessen kämpfen.

Die Klöckner-Kollegen dürfen sich von der Röpke-Clique nicht in die Irre leiten lassen. Nicht mit Paragraphen und durch das Arbeitsgericht bzw. die Einigungsstelle können sie sich gegen die Kurzarbeit wehren und ihren Lohn verteidigen, sondern nur durch den Streik und andere militante Kampfmaßnahmen. Die klassenbewußten und revolutionären Kollegen auf der Hütte müssen sich zusammenschließen und dazu die Initiative ergreifen.

Stingl lässt Arbeitslose bespitzeln

Mit Hilfe der Arbeitsämter bespitzelt der „freiheitlich-demokratische Rechtsstaat" die Arbeitslosen, legt er seine schwarzen Listen über „Linksextremisten" an. Erst kürzlich drang wieder einmal ein Beispiel über das dunkle Treiben der Staatsorgane und die Zusammenarbeit zwischen Arbeitsämtern und Verfassungsschutz an die Öffentlichkeit.

Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg, Stingl, erteilte in einem Schreiben insgesamt 32 Arbeitsämtern Order, sich mit amtlichen Briefbögen an insgesamt 2 000 arbeitslose Arbeiter und kleine Angestellte unter 35 Jahre zu wenden. Sie sollen aufgefordert werden, sich an einer Befragungsaktion der Münchner Wirtschaftsforschungs-GmbH „Infratest" zu beteiligen. Diejenigen, die zunächst nicht willens sind, der Aufforderung Folge zu leisten, sollen mit einem weiteren Schreiben unter Druck gesetzt werden. Wie es in dem Anweisungsschreiben von Stingl heißt, soll diese Erhebung der Erforschung „der Ursachen des Extremismus, insbesondere des Linksextremismus" dienen. Aus Stingls Anweisung geht auch hervor, daß die Untersuchung in Zusammenarbeit mit der berüchtigten „Bundesanstalt für politische Bildung" erfolgt.

Es liegt auf der Hand, daß diese „sozialempirische Untersuchung" in Wirklichkeit nichts anderes ist, als ein vom Verfassungsschutz gelenktes Unternehmen. Es dient der Vervollständigung seiner Karteien, in denen jeder Arbeiter erfaßt sein soll, der eine klassenkämpferische, revolutionäre Gesinnung hat, jeder Kollege, der den revolutionären Kampf gegen diesen Ausbeuterstaat aktiv unterstützt. Stingl selbst plauderte aus, welche Hintermänner hier am Werk sind, als er auf eine diesbezügliche Anfrage anwortete: Er habe damit eigentlich nichts zu tun, das Ganze geschehe nur auf Anweisung des Innenministeriums.

Allerdings ist es lachhaft, wenn Stingl sich selbst als Unschuldsengel hinzustellen versucht. Es ist doch bekannt, daß die Arbeitsämter selbst Gesinnungsakten über die Arbeitslosen anlegen, daß sie beispielsweise den Konzernen in vertraulicher und enger Zusammenarbeit helfen, ihre Betriebe von Revolutionären „sauber zu halten".

All dies zeigt deutlich den Klassencharakter des Staates. Nicht allein Justiz und Polizei, der Staatsapparat in seiner Gesamtheit ist das Instrument der Bourgeoisie zur gewaltsamen Unterdrückung der Arbeiterklasse und des ganzen werktätigen Volkes.

Hammer oder Amboss sein

Um sich aus einer tödlichen Gefahr zu retten, in die sie durch die Profitgier der Kapitalisten geraten waren, mußten Kumpels der Zeche Ewald erst den Steiger niederschlagen. Genossen von der Zeche Ewald in Herten schickten uns eine Arbeiterkorrespondenz, in der sie über diesen Vorfall berichten.

„Am 7. 10. auf der Frühschicht ereignete sich auf der Zeche Ewald in Herten folgender Zwischenfall:

Einige Dutzend Kumpels mußten in einem Streb arbeiten, von dem jeder wußte, daß akute Einsturzgefahr bestand. Denn schon seit Tagen wurde im Streb die Kohle abgebaut, ohne daß das Gebirge abgestützt wurde. Hauptsache die Kohle kam!

Gegen 11 Uhr – also nur eine Stunde vor Schichtende – fingen im rückwärtigen Bereich die Holzstempel an, sich zu drehen, man hörte es knacken, kleinere Steine kamen herunter, – untrügliche Vorzeichen eines Einsturzes.

Einige Kollegen machten den Steiger auf die lebensgefährliche Situation aufmerksam und forderten die sofortige Räumung des Strebs. Seine Antwort: „Die Schicht wird zu Ende gemacht!"

Daraufhin schlugen die Kumpels den Steiger nieder. Die Schläge, die er bekam und seine Schreie waren weit zu hören. Dann gaben die Kumpels den Kollegen ein Zeichen, sofort den Streb zu verlassen. Den Steiger schleppten sie mit aus der Gefahrenzone, obwohl dieses Schwein das nicht verdient hatte.

Die Kumpels waren noch keine 5 Minuten in Sicherheit, als sie einen Riesenknall hörten und aus dem Streb, wo kurz vorher noch zig Menschen gearbeitet hatten, eine dichte Wolke von Kohlenstaub herausquoll. Der Streb war eingestürzt.

Es hat sich an diesem Tag wieder einmal bestätigt, daß die Kapitalisten für ihren Profit über Leichen gehen.

Stillhalten bedeutet krepieren! Also muß die Losung heißen: kämpfen! So wie an diesem Tag der Steiger „gestürzt" worden ist, so wird die Arbeiterklasse sich zusammenschließen, um mit revolutionärer Gewalt dieses mörderische System ein für allemal beseitigen."

Arbeitsbeschaffungsprogramm der Bundesregierung

Profitsteigerungsprogramm für die Kapitalisten

Die Bonner Regierung will noch in diesem Jahr ein sogenanntes „Arbeitsbeschaffungsprogramm" in Kraft setzen. Angeblich soll es zum Abbau der Arbeitslosigkeit beitragen und den am schlimmsten betroffenen Arbeitslosen helfen, aus ihrer trostlosen Lage herauszukommen. Um unter den werktätigen Massen den Eindruck zu erwecken, der Staat würde tatsächlich etwas gegen die Arbeitslosigkeit und für die Arbeitslosen tun, berichtete die bürgerliche Presse in relativ großer Aufmachung über die geplanten Maßnahmen.

Aber wie steht es mit diesem „Arbeitsbeschaffungsprogramm" wirklich? Der Maßnahmenkatalog setzt sich aus vier Hauptpunkten zusammen. Aus der ersten Bestimmung ergibt sich, daß Arbeitslose, die mindestens schon sechs Monate arbeitslos waren, eine Prämie von 500 DM erhalten, wenn sie eine Arbeitsstelle annehmen, bei der sie zumindest 15% weniger verdienen, als bei ihrer früheren Arbeit. Für jeden zusätzlichen Monat, den man über die sechs Mindestmonate hinaus arbeitslos war, erhöht sich die Prämie um jeweils 150 DM. Die Höchstgrenze liegt bei 1 400 DM.

Soll diese Maßnahme etwa im Interesse der Arbeitslosen sein? Die paar hundert Mark Prämie sind doch ein Hohn. Bei einem durchschnittlichen Arbeiterlohn beläuft sich der Lohnverlust bei einer Minderung des Verdienstes um 15% bereits nach einem Jahr auf nahezu 2 000 DM. Und wer sich auf die Sache einmal eingelassen hat, der ist für immer in der Zumutbarkeit abgesackt. Wenn er erneut arbeitslos wird, hat er nicht mehr das Recht, eine schlecht bezahlte Arbeitsstelle abzuschlagen oder dafür eine Prämie als Entschädigung zu verlangen.

Punkt zwei des Maßnahmenkatalogs ist die sogenannte „Mobilitätshilfe". Alleinstehende Dauerarbeitslose sollen, wenn sie einen Umzug an einen neuen Wohnort in Kauf nehmen, um eine Arbeitsstelle antreten zu können, eine Umzugskostenbeihilfe von 4 000 DM erhalten. Bei Verheirateten erhöht sich der Betrag auf 6 000 DM; für jedes Kind sollen noch zusätzlich 800 DM ausbezahlt werden.

Auf den ersten Blick wirken diese Beträge relativ hoch. Man muß aber bedenken, daß nicht nur die Kosten für Wohnungsvermittlung, die Umzugskosten selbst sowie Renovierungskosten usw. anfallen, sondern auch Kosten für fällige Neuanschaffungen für die Einrichtung der neuen Wohnung. Nicht zuletzt wird die neue Wohnung in der Regel auch eine erheblich höhere Miete kosten. Aber ein Umzug an einen neuen, weit entfernten Wohnort bringt ja nicht allein große finanzielle Belastungen mit sich. Er bringt auch viele andere Belastungen und Nachteile mit sich, er bedeutet, daß Bindungen zu Freunden, Verwandten, Arbeitskollegen abgeschnitten werden, daß man in eine fremde Umgebung verschlagen wird usw. Aber die Sorgen und Probleme der Werktätigen interessieren die Regierung nicht im geringsten. Sie hat diese Mobilitätshilfen nicht ausgesetzt, weil sie den Arbeitslosen aus ihrer Not heraushelfen will, sondern nur deshalb, damit die Kapitalisten bessere Möglichkeiten haben, die Arbeiterklasse auszubeuten und alles auszunutzen, was der Steigerung ihrer Profite dient. Es kommt den Herren in Bonn darauf an, daß die Kapitalisten noch bessere Möglichkeiten haben, über die Ware Arbeitskraft nach Belieben zu verfügen, um sie überall dort optimal auszupressen, wo sie sich Höchstprofite versprechen kann.

Die beiden Maßnahmen, die wir bis jetzt angesprochen haben, dienen vor allem dazu, dem „Arbeitsbeschaffungsprogramm" ein soziales Feigenblatt umzuhängen. Den eigentlichen Kern des Programms, für den auch der weitaus größte Teil der bereitgestellten halben Milliarde vorgesehen ist, bilden aber die nun folgenden beiden Maßnahmen. Erstens: Der Staat zahlt den Kapitalisten, wenn sie „schwer vermittelbare Arbeitnehmer" einstellen (z.B. ältere Kollegen) 60% des Tariflohns. Zweitens: Für die Einrichtung „zusätzlicher Ausbildungsplätze" sollen Zuschüsse von 20 000 bis 30 000 DM pro Ausbildungsplatz ausgezahlt werden. Was heißt das anderes, als daß die Kapitalisten dafür, daß sie die „Gnade" haben, „schwervermittelbare" Arbeiter und Angestellte oder Lehrlinge einzustellen und sie in ihren Knochenmühlen rücksichtslos auszubeuten, auch noch vom Staat mit fetten Summen belohnt werden. So können die Schmarotzer doppelten Profit machen.

Und wofür werden sie diese Summen, abgesehen von den Kosten ihres Luxuslebens, einsetzen? Sie werden damit die Wegrationalisierung von weiteren Arbeitsplätzen finanzieren. Sie werden investieren, um die Bedingungen zu schaffen, daß sie die Arbeiter und kleinen Angestellten noch brutaler ausbeuten können.

Das „Arbeitsbeschaffungsprogramm" der Bundesregierung ist in Wahrheit ein „Profitsteigerungsprogramm" für die Kapitalisten. Die Lage der Arbeiterklasse wird es nicht etwa verbessern, sondern es wird zu ihrer Verschlechterung beitragen.

Maßnahmen, die tatsächlich eine Verbesserung für die Arbeitslosen bedeuten und die arbeitslosen Kollegen wirklich einen akzeptablen Weg bieten, um wieder einen Arbeitsplatz zu bekommen, können nur durch den Kampf der Arbeiterklasse, durch den revolutionären Klassenkampf gegen die Kapitalistenklasse und ihren Ausbeuterstaat erzwungen werden. Und beseitigen können wir die Arbeitslosigkeit, dieses Grundübel des Kapitalismus, nur dadurch, daß wir das kapitalistische System durch die gewaltsame Revolution zerschlagen, um die Diktatur des Proletariats zu errichten und den Aufbau des Sozialismus in Angriff zu nehmen.

Herbstgutachten der "Konjunkturforscher"

Propaganda für Lohnabbau

Fortsetzung von Seite 1

wußten Arbeiter der Haß hoch: „Verschiebung der Einkommensverteilung zugunsten der Kapitalisten!" Wo die Bourgeoisie mehr denn je ungeheure Reichtümer durch die Ausbeutung der werktätigen Massen zusammenrafft, während sich die Lebenslage des Proletariats zunehmend verschlechtert und Not und Elend sich breitzumachen beginnen.

Die Kapitalisten und ihre politischen Sachwalter in Bonn hatten natürlich nichts Eiligeres zu tun, als zu diesen zynischen Parolen ihrer „Konjunkturforscher" laut Beifall zu klatschen. Die bürgerliche Presse brachte aufgebauschte Kommentare und Berichte, um die „wissenschaftlich begründete" Forderung nach Lohnverzicht massiv zu propagieren. Diese Propaganda wird natürlich bewußt im Hinblick auf die anstehenden Tarifbewegungen bei Eisen und Stahl, Metallverarbeitung usw. betrieben. Damit sollen weitere Angriffe der Kapitalisten auf die Löhne der Arbeiter und kleinen Angestellten ideologisch abgestützt werden.

Was war die Stellungnahme der DGB-Bonzen zu dem „Gutachten"? Sie können natürlich nicht offen in den arbeiterfeindlichen Chor mit einstimmen: Schließlich sind sie ja „Arbeitnehmervertreter". In Zeitungsberichten heißt es, der DGB habe seine „entschiedene Ablehnung" zu dem Gutachten geäußert. Aber wie sieht diese Ablehnung in Wahrheit aus? Wird etwa die Lohnverzichtsdemagogie der kapitalistischen Mafia ernsthaft zurückgewiesen und widerlegt? Beileibe nicht. Stattdessen sagen die Bonzen scheinheilig, die Forderung nach „Verschiebung der Einkommensverteilung" sei „ungerecht", und zwar deshalb, weil „zum Wirtschaftsaufschwung nicht zuletzt die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften durch eine verantwortungsbewußte Lohnpolitik beigetragen haben". Damit hauen sie doch letztlich genau in die gleiche Kerbe, wenn auch in versteckter Form, wie diejenigen, die ganz offen nach Lohnverzicht schreien. Unter der Parole der „verantwortungsbewußten Lohnpolitik" hat der DGB-Apparat den Kapitalisten im letzten Jahr geholfen, ihren Lohnraubzug gegen die Arbeiterklasse durchzuführen, hat er den Widerstand der Arbeiter sabotiert und unterdrückt. Mit solchen Parolen soll den Arbeitern weisgemacht werden, daß es in ihrem eigenen Interesse sei, wenn sie bei ihren Lohnforderungen Rücksicht auf die Interessen der Kapitalisten nehmen und stillhalten, anstatt für ihre Interessen zu kämpfen. Das heißt praktisch nichts anderes, als daß die Arbeiterklasse sich freiwillig stärker ausbeuten lassen soll, weil es ihr dadurch angeblich besser geht. Was für ein Widersinn! Wenn es den Arbeitern und kleinen Angestellten heute schlechter geht, als vor einem Jahr, dann liegt das doch nicht daran, daß die Kapitalisten „zuwenig Gerechtigkeitssinn" haben und deshalb nicht einsehen, daß sie von dem vielzitierten Aufschwung ja auch die Arbeiter profitieren lassen könnten. Nein! Zum einen ist es ein Entwicklungsgesetz des kapitalistischen Ausbeutersystems, daß die Verelendung des Proletariats auf lange Sicht wächst. Zum anderen aber hängt die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter auch damit zusammen, daß der DGB-Apparat durch seine Abwieglerpolitik, durch die Propagierung der Ideologie der Klassenversöhnung, durch seine heimtückische Sabotage an unseren Kämpfen die Arbeiter daran gehindert hat, kompromißlos gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu kämpfen und den Kampf für mehr Lohn ohne Rücksicht auf die „wirtschaftliche Vernunft" dieses Ausbeutersystems zu führen.

Deshalb müssen die Arbeiter und kleinen Angestellten jeder Lohnverzichts- und Stillhaltepropaganda, sowohl der offenen der Kapitalisten, als auch der versteckten, mit radikalen Phrasen getarnten der DGB-Bonzen, eine entschiedene Abfuhr erteilen. Kämpfen wir in den Tarifrunden entschieden gegen den geplanten Lohnraub. Schließen wir uns gegen das Kapital und gegen seine Agenten in unseren eigenen Reihen im revolutionären Klassenkampf zusammen.

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen

Das letzte Wort zu den Sonderschichten haben wir!

Und das heisst: Nein!

Das waren die Worte eines italienischen Kollegen auf der gemeinsamen Betriebsversammlung im September. Und so war auch die Stimmung auf dieser längsten Betriebsversammlung bei Opel nach dem Krieg. Bei einer Abstimmung stimmten alle anwesenden 10 000 Kollegen gegen die Sonderschichten! Nicht eine Hand hob sich dafür.

Die Fronten auf dieser Versammlung waren klar: auf der einen Seite die Belegschaft, die geschlossen gegen die Sonderschichten auftrat. Über 20 Redner: alle – ob ausländische Kollegen oder deutsche – riefen dazu auf: „Weg mit den Sonderschichten!" – und wurden mit großem Beifall darin unterstützt.

Auf der anderen Seite: die Opel-Kapitalisten. Der arrogante Kettenhund des Kapitals – Schlodtfeld – der sich auf die Tribüne stellte und in grenzenloser Massenverachtung erklärte: „Uns sind natürlich vier Sonderschichten lieber als zwei." Dafür erntete er von den Kollegen das verdiente Pfeifkonzert.

Die Heller-Betriebsratsclique sah allerdings die „Nöte" der Opel-Kapitalisten ein und sorgte dafür, daß sie doch noch ihre vier Sonderschichten bekamen! Denn was sind die zwei vorgezogenen Samstage für den 24. und den 31. 12. anderes als Sonderschichten (schließlich wurden noch vor zwei Jahren diese beiden Tage auch ohne Vorarbeiten voll be-



zahlt). Für ein paar „Bonbons", die die IGM-Kapitalisten in Bochum schon längst zugesichert hatten, verkaufte Heller wieder – wie schon 46 mal seit seiner Wahl, die von uns erkämpfte 40-Stunden-Woche. Und genauso wird er auch den noch geplanten insgesamt acht Sonderschichten im 1. Vierteljahr 1977 zustimmen.

Als Ablenkungsmanöver läßt Heller dazu Schlagworte wie „Kurzarbeitsfonds" vom Stapel. Als wenn uns interessieren könnte, auf welche Buchungsposten der Opel Kurzarbeitsgeld steckt. Was uns allerdings im Falle von Kurzarbeit interessiert, ist voller Lohnausgleich. Hinter den „linken" Tönen, die Heller auf der Betriebsversammlung anschlug, versteckt sich nur schlecht der bezahlte Arbeiterverräter! So sagte er schon auf der Versammlung: **„Der Betriebsrat hält die geschlossenen Verträge (gemeint sind die Sonderschichten) ein."** Und in den Lokalzeitungen sagte er auf die Frage, ob die Belegschaft die Sonderschichten boykottieren würde: **„Ich hoffe, daß sich die Belegschaft vernünftig (!) verhält."**

Das ist die Vernunft der Kapitalisten!

Denn was heißt das anderes als: „Geht ja zu den Sonderschichten, sonst . . ." Was unterscheidet dieses Manöver von Heller denn noch von dem offenen Druck, der inzwischen von den Meistern angewandt wird, die allen Kollegen, die nicht zu den Sonderschichten kommen wollen, drohen: Dann steht unentschuldigt gefehlt auf der Stechkarte! Der Unterschied ist nur der, daß Heller noch die Maske des Arbeitervertreters aufhat. Aber trotz dieser Maske wird immer deutlicher, daß er genauso von den Kapitalisten bezahlt wird wie die Meister und Betriebsleiter und genauso auch in ihrem Auftrag handelt. Und mit dieser Politik ist sich Heller des Vertrauens des gesamten DGB-Apparates sicher, der es als seine höchste Pflicht ansieht, „im vertrauensvollen Einvernehmen mit den Unternehmern" (Betriebsverfassungsgesetz) den Kapitalisten die Höchstprofite zu sichern, indem er mit „linken" Sprüchen die Arbeiterklasse ruhig hält.

Aber immer weniger Kollegen lassen sich von diesen Arbeiterfeinden betrügen. So kamen zu den beiden Sonderschichten im September so wenig Kollegen, daß die Produktion um mehr als 20% verringert werden mußte. Und es wächst die Wut der Kollegen auf die verräterische Heller-Betriebsratsclique. Auf der letzten Vertrauensleutevollversammlung lag ein Antrag von Vertrauensleuten aus dem K-40 vor, die Sonderschichten im Januar abzulehnen und Boykottmaßnahmen zu ergreifen. **Das ist genau der Auftrag, den die Betriebsversammlung uns gegeben hat und die einzig richtige Antwort auf die ständigen Verratsmanöver der Betriebsratsbonzen!**

Aber hier bekam Heller Schützenhilfe von einer Seite, die sich immer als unsere „konsequentesten Interessenvertreter" aufspielen, von den sogenannten „Kommunisten" der D„K"P. Werner Welskopp, Landtagskandidat dieser Verräterpartei, stand auf und sagte: **„Ich stehe zwar inhaltlich voll und ganz hinter der Resolution, aber man muß sie doch ablehnen, da man dem Betriebsrat nicht in den Rücken fallen darf."** Mit diesem Manöver gelang es ihm, die Resolution zu Fall zu bringen. In diesen zwei Sätzen hat er genau die Rolle charakterisiert, die die modernen Revisionisten von der D„K"P zu spielen haben: Wenn die Verratspolitik des DGB-Apparats die Kollegen in Wut bringt und die Kollegen auf Kampfmaßnahmen drängen – dann kommt die D„K"P und wirft hinter scheinbarer Kritik an den arbeiterfeindlichen Maßnahmen ihren Einfluß als „Kommunisten" und „konsequente Interessenvertreter" in die Waagschale, um die Entlarvung des DGB zu verhindern und die Kollegen wieder an den DGB-Apparat zu ketten. Kein Wunder, daß diese Partei, die weder „deutsch" noch „kommunistisch" ist, nicht nur mit Millionenbeträgen von den russischen Sozialimperialisten unterstützt wird, sondern auch von „unseren" Kapitalisten, auch von Opel, entsprechend belohnt wird: So können z.B. diese Verräter ihren „Motor" im Blaumann, bevor sie zur Schicht in den Opel reingehen, ganz unbehelligt vor den Opel-Portalen verteilen, während Kollegen wie Backhausen, die zu Kampfmaßnahmen auffordern, sofort rausfliegen.

Nieder mit der D„K"P – dem schlimmsten Feind in unseren eigenen Reihen!

Kolleginnen und Kollegen!

Gerade an der Frage der Sonderschichten sind die Fronten heute klar: Auf der einen Seite die Kapitalisten und ihre bezahlten Handlanger, von den Meistern über Heller bis hin zur D„K"P, die mit Drohungen oder mit „linken" Manövern uns zu den Sonderschichten zwingen wollen.

Auf der anderen Seite die gesamte Belegschaft, deren Interesse es ist, die hart erkämpfte 40-Stunden-Woche zu erhalten.

Und es ist trotz aller Drohungen und Manöver so, wie es der italienische Kollege sagte: **„Das letzte Wort zu den Sonderschichten sprechen wir. Und das heißt: Nein!"**

Es war schon ein guter Anfang, daß zu den beiden Sonderschichten im September die Produktion erheblich verringert werden mußte. In einzelnen Abteilungen mußten sogar Kollegen, die noch gekommen waren, wieder nach Hause geschickt werden, weil so viele Kollegen nicht gekommen waren, daß die Produktion gar nicht erst aufgenommen werden konnte! Das muß fortgeführt, die Sonderschichten im Januar müssen boykottiert werden! Hierbei dürfen wir kein Vertrauen in die Betriebsratsbonzen und die ganze IG-Metall setzen, die uns in diesem Kampf von Anfang an verraten haben. Auch noch so gute Resolutionen auf Vertrauensleuteversammlungen helfen alleine nichts. Denn nicht Resolutionen entscheiden den Kampf, sondern wir, Kollegen!

Sicher brauchen wir auch in diesem Kampf eine Führung. Und das ist nicht der DGB-Apparat, der steht auf der anderen Seite der Barrikade. Unsere Führung, das sind die Kollegen, ob Vertrauensmann oder nicht, die sich am entschiedensten für unsere Interessen einsetzen, die auch den Kampf gegen den Verrat des DGB-Apparates aufgenommen haben, die sich nicht vom Kapital kaufen lassen, wie Heller oder Welskopp. Diese Kollegen gilt es, in einer revolutionären Opposition innerhalb der DGB-Gewerkschaften zusammenzuschließen, in der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO).

Boykottiert die Sonderschichten!

Nieder mit der arbeiterfeindlichen Heller-Betriebsratsclique und dem DGB-Apparat!

Vorwärts beim Aufbau der RGO!

Anzeige

Erweiterte Neuauflage

J. W. STALIN

Gesammelte Werke in 16 Bänden

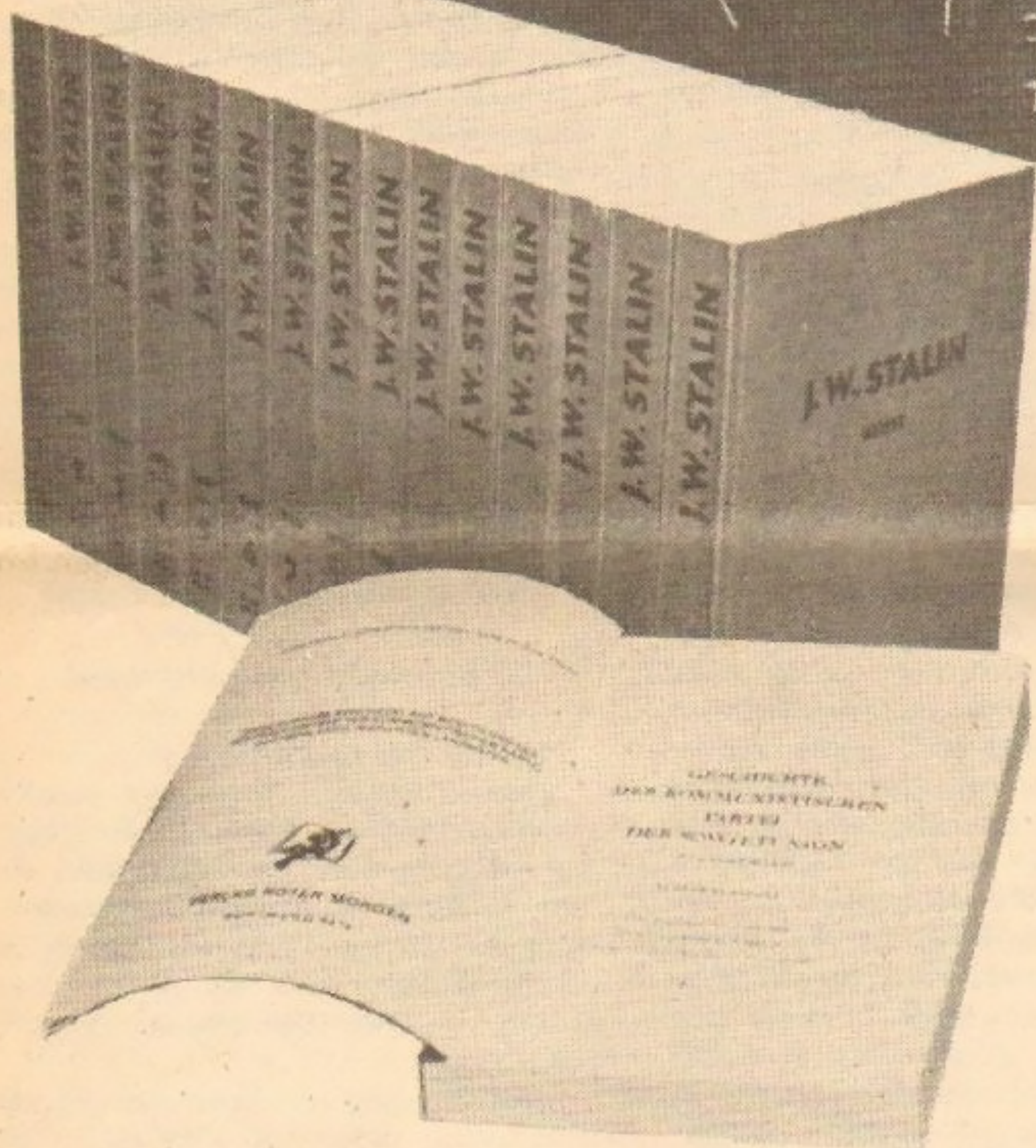
Die Gesammelten Werke J. W. Stalins in 16 Bänden werden auf Beschluß des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten herausgegeben.

Die 16-bändige Gesamtausgabe der Werke J. W. Stalins ist eine erweiterte Neuauflage der im Jahre 1971 auf Beschluß des ZK der KPD/ML herausgegebenen Bände 1 – 13 und 15 und des im Jahre 1973 herausgegebenen Bandes 17 der Werke J. W. Stalins.

Noch bis 15.12.76 Subskription!

Statt 200 DM
Nur 170 DM





Einzige vollständige deutsche Buchausgabe

Die 16-bändige Gesamtausgabe umfaßt die in 13 Bänden zusammengestellten Werke Stalins aus den Jahren 1901 - 1933, erstmals als deutsche Buchausgabe den Band 14, der die Werke der Jahre 1934 - 1945 beinhaltet – Dokumente des Kampfes für die Vollendung der Errichtung des Sozialismus in der UdSSR, der Schaffung der neuen Verfassung der Sowjetunion und Reden, Berichte und Befehle des Genossen Stalin aus den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges.

Der Band 15 enthält Reden, Interviews, Telegramme, Befehle, Briefe und Botschaften des Genossen Stalin vom Mai 1945 - Oktober 1952 und die beiden Schriften Stalins „Der Marxismus und Fragen der Sprachwissenschaft" und „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR". Der Band 15 entspricht dem 1973 herausgegebenen Band 17.

Der Band 16 – Ergänzungsband – beinhaltet die „Geschichte der KPdSU(B) – Kurzer Lehrgang".

Der Preis der Gesammelten Werke Stalins (Bände 1 – 16) ist DM 200.-. Bei Bestellungen bis zum 15. Dezember 1976 günstiger Subskriptionspreis von nur DM 170.-
Bestellungen, die nach dem 15. 12. 1976 eingehen, werden zum Preis von DM 200.- ausgeführt.
Jeder Band umfaßt ca. 350 - 400 Seiten, kartoniert.
Auslieferung: Ab 15. Dezember 1976 durch GEWISO-Buchvertrieb
Für Einzelbesteller Zahlung nach Erhalt der Lieferung. Für Buchhändler 30% Rabatt und 30 Tage Zahlungsziel.
Bestellung und Bezahlung bitte an:
GEWISO-Buchvertrieb, Postfach 11 16 49, 2000 Hamburg 11,
Tel.: 040/4 10 17 36, Postscheckkonto Hmb 1935 72 - 207

VERLAG  ROTER MORGEN

Brokdorf im Kampf gegen Atomkraftwerk!

Fortsetzung von Seite 1

Kampf entschlossen: „Wenn die jetzt mit dem Knüppel kommen, dann werden wir uns zur Wehr zu setzen wissen, hier wachsen ja Bäume genug!"

Die Bevölkerung von Brokdorf war entschlossen, durch eine große Kampfdemonstration ihre Lebensinteressen zu verteidigen und den Bauplatz zu besetzen. Zu dieser Demonstration hatten sich auch Bürgerinitiativen aus dem ganzen norddeutschen Raum, aus Dänemark, der Schweiz und aus Wyhl angesagt. Die Demonstration begann am Samstag, dem 30. Oktober vormittags.

10 000 im Kampf – brutaler Terror der Polizei

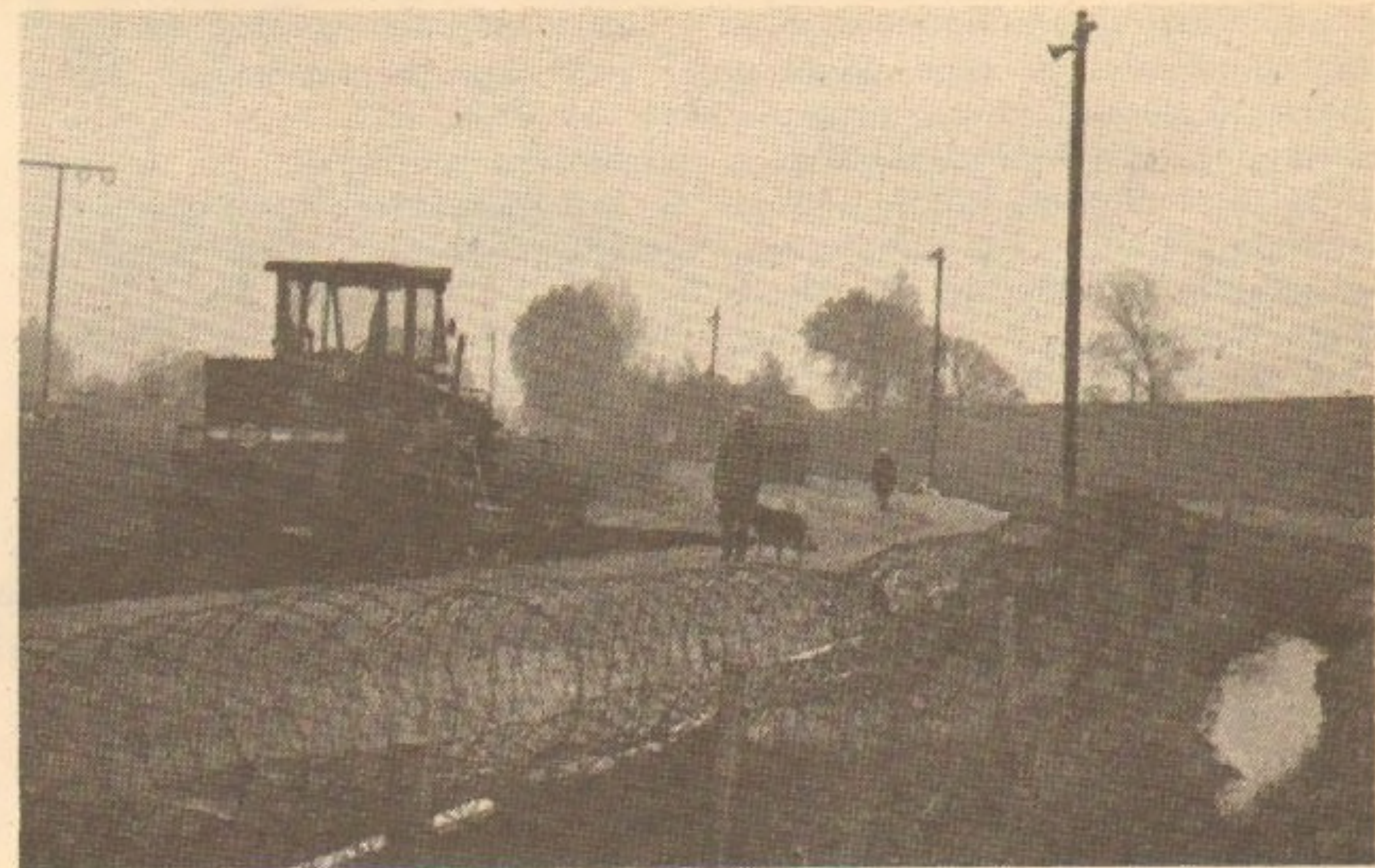
Schon am Vormittag hatten sich etwa 5 - 7 000 Menschen in Brokdorf eingefunden. Später wuchs die Menge der Demonstranten auf etwa 10 000 an. Sie standen einer Streitmacht von etwa 2 000 schwerbewaffneten Polizisten, Werkschützern, Hunde- und Reiterstaffeln sowie Wasserwerfern gegenüber. Ein Bauer, der dieses Aufgebot sah und kurz zuvor in den Nachrichten eine Erklärung der Landesregierung gehört hatte, derzufolge keine Reiterstaffeln in Brokdorf zusammengezogen seien, sagte: *„Die in der Regierung sind alle Lügner, denen glauben wir kein Wort mehr!"*

Die Demonstration begann entlang des Bauplatzes und die Demonstranten durchbrachen plötzlich an drei Stellen gleichzeitig den Stacheldrahtzaun, indem sie Teppiche darüber warfen und anschließend den Zaun zerstörten. Zugleich umzingelten sie die am Straßenrand abgestellten Mannschaftswagen der Polizei, so daß sie weder vor noch zurück konnten. Immer mehr Menschen strömten auf den Bauplatz, bis es schließlich an die tausend waren. Am Abend hatte die Zahl derjenigen, die den Bauplatz besetzt hielten, fast 5 000 erreicht, während die Tagesschau unverschämt log, es seien nur 300 gewesen. **Die uneinnehmbare Festung, von der die bürgerliche Lügenpropaganda vorher regelrecht geschwärmt hatte, von der es hieß, sie mache eine Besetzung vollkommen unmöglich, war durch den entschlossenen und mutigen Kampf von Tausenden von Werktätigen gestürmt worden. Mit ihrem Kampf bewiesen die Werktätigen von Brokdorf und Umgebung, daß es möglich ist, auch eine anscheinend übermächtige Armee von Polizei und Werkschützern zu besiegen. Der Haß und die Empörung derjenigen, die in ihrer Lebensexistenz bedroht waren, ihr mutiger und militanter Kampf für eine gerechte Sache, ließen sie den kapitalistischen Staatsapparat mit seiner gewaltigen Unterdrückungsmaschinerie – vorübergehend – besiegen.**

Nur mit äußerster Brutalität gelang es der Polizeiarmee spät in der Nacht, den Platz zu räumen. Um eine Vorstellung von dem Terror der Polizei zu geben, zitieren wir im folgenden aus einer Pressemitteilung der Bürgerinitiative Brokdorf:

„Es gibt eine lange Tradition des Widerstandes. ... Wo wären wir heute, wenn nicht vor hundert Jahren mutige Arbeiter im gesetzwidrigen Streik ihre Existenz und nicht selten ihr Leben aufs Spiel gesetzt hätten. Welches Ansehen hätten wir Deutschen, wenn nicht auch im 3. Reich Widerstandskämpfer genauso gehandelt hätten. ... Bei der Erstürmung des Platzes, der durch Wassergraben, Stacheldraht, Natodraht und durch 2,50 m hohen Maschendrahtzaun gesichert war, schritt der Werkschutz mit Hunden, Schlagstöcken und der ‚chemischen Keule' ein." Darauf folgte „ein mehrstündiger Polizeieinsatz von unvorstellbarer Brutalität. Zunächst ritten Polizisten durch die Demonstranten, die dicht gedrängt am Boden saßen oder einen Brückenkopf verstärkten. Dann wurden Wasserwerfer und Tränengas eingesetzt, um die Bresche zurückzuerobern und mit Stacheldrahtrollen neu zu sichern. Daraufhin errichteten die Umweltschützer, es waren jetzt ca. noch 800 auf dem Platz, eigene Stacheldrahtsperren, um den letzten Durchbruch freizuhalten. Diese Sperre auf der Kreisstraße wurde von der Polizei mit Wasserwerfern, Schlagstöcken und der ‚chemischen Keule' gestürmt. Anschließend wurden die auf dem Platz eingekreisten Umweltschützer mit gleichen Mitteln vertrieben. Das Zeltdorf wurde zusammen mit allen zurückgebliebenen Sachen, darunter auch Kleidungsstücke mit Ausweisen, von der Polizei zusammengetragen und verbrannt. Die ‚chemische Keule' wurde teilweise aus wenigen Zentimetern Entfernung mehrfach hintereinander angewendet. Wer nicht selbst getroffen, wer nicht das minutenlange Schmerzgebrüll gehört hat, kann sich die Wirkung dieser Keule nicht vorstellen."

Genossen unserer Partei, die sich an dem Kampf beteiligten, berichteten, daß die Polizeisoldateska selbst vor alten Männern und Kindern nicht halt machte. So wurde ein älterer Bauer von der Polizei in den Graben geworfen, wieder herausgezogen und verprügelt. **Ein Kind wurde auf dem Bauplatz von einer Rauchbombe der Polizei getroffen. Anschließend fielen Polizisten über das Kind her und knüppelten es nieder.** Etwa fünfzig Demonstranten mußten in das Krankenhaus von Wilster eingeliefert werden, weil sie von der „chemischen Keule" getroffen worden waren.



Aus Angst vor der Bevölkerung haben sie das Baugelände wie im Krieg mit Natodraht, Zäunen, Gräben und Hundepatrolien befestigt.

Weg mit den pazifistischen Illusionen! Nieder mit den Verrätern!

Die Bevölkerung von Brokdorf und Umgebung, die mutig gegen den kapitalistischen Gewaltapparat kämpfte, erlebte dabei am eigenen Leibe die Gefährlichkeit und Schädlichkeit des Pazifismus. Schon in ihrem Aufruf vom April dieses Jahres hatte die Bürgerinitiative Brokdorf die Losung ausgegeben: Besetzung des Bauplatzes ja – aber ohne Gewalt. Unter dem Einfluß dieser Propaganda wagten es während der Kämpfe des Wochenendes viele Menschen nicht, den Terror und die Gewalt der Bourgeoisie und des Unterdrückerstaates mit der Gewalt des Volkes zu beantworten. So setzten sich viele der Menschen, die den Bauplatz besetzt hielten, angesichts des bevorstehenden Angriffs der Polizei und insbesondere der Reiterstaffel auf den Boden. Der Einfluß der pazifistischen Parolen und Losungen hat viele Menschen entwaffnet. Diese Losungen haben einzig und allein der Polizei genützt.

Der Pazifismus und die Propaganda vom „gewaltlosen Widerstand" ist in die Bürgerinitiative Brokdorf von einigen bürgerlichen Elementen und besonders von den modernen Revisionisten der D„K"P hineingetragen worden. Die modernen Revisionisten, die sich unverschämterweise Kommunisten nennen, haben damit der Bourgeoisie den größten Dienst geleistet und einmal mehr gezeigt, daß sie überall da, wo die Massen zum Kampf entschlossen sind, wo sie bereit sind, ihre Interessen gewaltsam gegen ihre Ausbeuter und Unterdrücker zu verteidigen, als Verräter auftraten, abwiegeln, Illusionen über den kapitalistischen Staat ausstreuen, um die Volksmassen zu entwaffnen und der Bourgeoisie in die Hände zu liefern. **Sie greifen uns Kommunisten wütend an, weil wir die Notwendigkeit der revolutionären Gewalt verteidigen, sie beschimpfen uns, weil wir erklären, daß es notwendig ist, die Ausbeuter und Unterdrücker des Volkes, den kapitalistischen Staat, gewaltsam niederzuschlagen, weil wir für die proletarische Revolution und den Sozialismus kämpfen, der allein den unterdrückten und ausgebeuteten Volksmassen die Befreiung von Not, Elend und Unterdrückung bringen kann.** Aber auch die Ereignisse in Brokdorf zeigen klipp und klar, daß die kapitalistischen Ausbeuter und ihr Staat jederzeit bereit sind, die Werktätigen mit brutaler Gewalt zu unterdrücken und niederzuhalten. **Wie kann man da hoffen, durch „Gewaltlosigkeit" etwas zu erreichen?**

Die Bevölkerung von Brokdorf erlebte aber auch, wie der opportunistische KBW, der sich auf den Marxismus, den Leninismus und die Mao-Tsetung-Ideen beruft, ihren Kampf verraten hat. Als der Bauplatz besetzt wurde, riefen die Führer dieser Gruppe dazu auf, die Besetzung abzubrechen. Und als sich abzeichnete, daß die Polizeiarmee zum Gegenangriff übergeht, riefen sie ihre Mitglieder und Sympathisanten dazu auf, die Busse zu besteigen und die Heimfahrt anzutreten. Sie erklärten, alles verlaufe zu unorganisiert und zu spontan, der Mißerfolg sei vorauszusehen. Wie kann man aber, wenn Tausende von Menschen im Kampf stehen, die „Unordnung" beklagen und Pessimismus ausstreuen? Muß man nicht vielmehr alles daran setzen, die Kampfentschlossenheit zu stärken und in revolutionäre Bahnen zu lenken? **Wer das nicht tut, ist ein Opportunist, der den Feinden des Volkes in die Hände arbeitet.**

Es ist jetzt schon vorauszusehen, daß die Verräter nach dem brutalen Polizeiterror Resignation verbreiten werden, daß sie sagen werden: Seht ihr, die Gewalt hat uns nichts gebracht. Aber ebenso klar ist, daß die Arbeiter und Bauern von Brokdorf weiter zum Kampf entschlossen sind. **Ihre Erbitterung und ihr Haß sind gewachsen. Es geht jetzt darum, alle Illusionen über den kapitalistischen Staat abzulegen, die Abwiegler und Verräter entschieden zu bekämpfen, den Kampfentschlossen weiterzuführen und ihn auf eine revolutionäre Grundlage zu stellen, damit die Forderung der Werktätigen an der Unterelbe erfüllt wird:**

Kein Atomkraftwerk in Brokdorf!

Prozeßwelle gegen die revolutionäre Presse

Die Angst der Bourgeoisie vor der Verbreitung der Wahrheit

Die Bourgeoisie setzt ihre Klassenjustiz in diesen Wochen mit drei Prozessen in Dortmund verstärkt gegen die Partei und ROTE HILFE DEUTSCHLANDS ein. Der Genosse Peter Schulte wurde zu zehn Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt, weil er presserechtlich verantwortlich für neun Flugblätter und Betriebszeitungen der KPD/ML im Raum Dortmund war. Verurteilt wegen „Volks"- (oder besser: Polizei-)verhetzung, Verunglimpfung des Staates und Beleidigung der Duisburger Polizei, aller DGB-Bonzen und der Dortmunder Bergbau-Bonzen Schucht und Schrumpf.

Gegen den Genossen Dieter Kwoll wurde bis zum Erscheinen dieser Ausgabe des „Roten Morgen" ein ähnliches Terrorurteil gefällt: Der Staatsanwalt hat zehn Monate Gefängnis ohne Bewährung gefordert für fünf Ausgaben der „Rote-Hilfe-Zeitung", für die der Genosse Kwoll presserechtlich verantwortlich war. Der Vorwurf der bürgerlichen Klassenjustiz: Verunglimpfung des Staates und Beleidigung der Duisburger Polizei.

Vor dem Landgericht Dortmund wird in dieser Woche ein Berufungsprozeß fortgesetzt: gegen die Genossen Gernot Schubert, damals Verleger des „Roten Morgen", die Genossen Karin Wagner und Dieter Stoll, damals verantwortliche Redakteure des „Roten Morgen". Wie in den beiden anderen Prozessen fühlen sich auch hier die Duisburger Polizei und ihr inzwischen pensionierter Präsident Jürgensen beleidigt, weil in den „Roten Morgen" Nr. 25 und 26, Extrablatt Juni 74 und in einem zentralen Flugblatt die Wahrheit über den Tod an unserem Genossen Günter Routhier und über den Terror gegen den Trauerzug im „Roten Morgen" stand. Auch die Staatsanwaltschaft hatte Berufung eingelegt, weil ihr das Urteil des Amtsgerichts Dortmund vom Sommer 1975 gegen die Genossen Schubert und Stoll nicht ausreichte: Sie will eine „wesentlich höhere Strafe" erreichen. Was das bedeuten kann, zeigen die jüngsten Terrorurteile gegen die Genossen Michael Banos, Peter Schulte und Dieter Kwoll.

Zehn Monate ohne Bewährung für Genossen Peter Schulte

Im Prozeß gegen den Genossen Peter Schulte (vgl. RM 44/76) zeigte auch Richter von Krahn in seiner Urteilsbegründung, wovor sich die Bourgeoisie so sehr fürchtet: daß die durch die Partei verbreitete Wahrheit des Marxismus-Leninismus die Massen ergreift. Der Klassenrichter: „Von Faschisierung darf man in der Bundesrepublik nicht reden, weil gerade im Hinblick auf die jüngere Generation Mißdeutungen erheblichen Schaden anrichten können." **Damit sagte er doch nichts anderes als daß die Bourgeoisie den „Roten Morgen" unterdrückt, weil sie fürchtet, daß die marxistisch-leninistische Wahrheit, daß die Bourgeoisie die Faschisierung vorantreibt, um im gegebenen Moment wieder ihre offene faschistische Diktatur zu errichten, die Werktätigen und insbesondere die Jugend ergreift.**

Bei der Verneinung der Bewährung stieß der Klassenrichter noch eine Drohung gegen den Genossen Gernot Schubert aus: Die gegen ihn ausgesprochene Bewährung hätte sich schon jetzt als Fehlurteil erwiesen (das gleiche Gericht verurteilte im Mai dieses Jahres die Genossen G. Schubert und K. Wagner zu insgesamt einem Jahr und vier Monaten Gefängnis mit Bewährung).

Dieter Kwoll soll zehn Monate ins Gefängnis

Im Prozeß gegen den Genossen **Dieter Kwoll** wird besonders deutlich, wie die Bourgeoisie das Anwachsen der Solidaritätsfront gegen die politische Unterdrückung in der Bundesrepublik fürchtet. Weil die ROTE HILFE DEUTSCHLANDS diese Solidaritätsfront auf revolutionärer Grundlage organisiert, verhängte die bürgerliche Klassenjustiz innerhalb weniger Monate ein zweites Terrorurteil gegen einen Presseverantwortlichen der „Rote-Hilfe-Zeitung". Viele Zuschauer hatten zum ersten Mal einen Prozeß dieser Art erlebt, in dem die Verbreitung von Gedanken bestraft werden soll. Die Berichte über ähnliche Prozesse wollten sie zunächst nicht so recht glauben. Für sie wurde die Verhandlung jedoch zu einem Lehrstück über die politische Unterdrückung in der Bundesrepublik. Einige erkannten anhand dieses selbst miterlebten Prozesses die Notwendigkeit, die ROTE HILFE DEUTSCHLANDS aktiv zu unterstützen.

Freiheit für den „Roten Morgen"!

Die Berufungsverhandlung gegen den „Roten Morgen" ist gekennzeichnet vom Versuch, die Geldstrafen des Amtsgerichts drastisch zu erhöhen und eventuell sogar Gefängnisstrafen zu verhängen. Die RM Nr. 24 und 25 und das Extrablatt vom Juni 1974 haben sofort nach dem Tode von Günter Routhier die Wahrheit über diesen politischen Mord und den darauffolgenden Terror verbreitet. **Unser Zentralorgan war hierbei gleichzeitig der Wegweiser, der diesen Terror der Bourgeoisie auf marxistisch-leninistischer Grundlage als Ausdruck der zunehmenden Faschisierung des imperialistischen Staatsapparates entlarvte. Deshalb ist es kein Zufall, daß die verschärfte Verfolgung des „Roten Morgen" gerade mit diesen Ausgaben einsetzte und eine Verfolgungswelle in Gang setzte, die zur Beschlagnahme von fast jeder zweiten Nummer unseres Zentralorgans führte.**

Daß auch die Bourgeoisie diesen Berufungsprozeß sorgfältig vorbereitet hat, zeigte sich am ersten Verhandlungstag schon äußerlich: Der Prozeß ist in den Schwurgerichtssaal verlegt worden, dem größten Sitzungssaal im Landgericht. Aber nicht etwa, damit das Volk breiten Anteil nehmen kann, sondern um es besser in Schach halten zu können. Die Zuschauer kommen in das Gerichtsgebäude gar nicht hinein. Sie müssen über enge Wendeltreppen durch einen Spezialeingang gehen, um in den Zuschauerraum zu gelangen, der durch eine Barriere vom Gerichtssaal völlig abgetrennt ist. **Präparierte Polizeispitzel bekommen vorher Einlaß, die dann durch provokatorische Zwischenrufe versuchen, dem Gericht einen Vorwand für den Ausschluß der Öffentlichkeit zu liefern.**

Nachdem die Staatsanwaltschaft schon in ihrer Berufungsbegründung ihre Absichten kundgetan hat, geht Staatsanwalt Höhn zu Beginn der Verhandlung noch einen Schritt weiter. Er droht, daß neben Beleidigung der Polizei auch „Volksverhetzung" und „Verunglimpfung des Staates" in das Urteil einbezogen werden sollen.

Die Berufsrichterin versucht zunächst, mit billigen Tricks die Verteidigung, wie sie sich die Genossen vorstellen, zu unterbinden. Doch schon nach mehreren Versuchen gibt sie auf. So machen die Genossen Gernot und Dieter das Gericht zum Tribunal gegen den Terror der Bourgeoisie durch ihre Polizei und ihre Klassengerichte. Jedem Zuschauer wird klar: Kein Terrorurteil wird die Partei und ihr Zentralorgan daran hindern, den politischen Mord an unserem Genossen Günter Routhier, den faschistischen Überfall auf den Trauerzug, die geplante Hetz- und Lügenpropaganda der Polizei und bürgerlichen Presse immer wieder aufs neue anzuprangern.

Das Gericht hatte von sich aus fünf Polizeizeugen geladen, alles Beamte der politischen Polizei aus allen Teilen des Ruhrgebiets. Sie sollen aussagen, wo der „Rote Morgen" überall verbreitet und beschlagnahmt wurde. Aus Versehen fiel auch der ehemalige Leiter der Duisburger politischen Polizei unter diese Auswahl, einer der Hauptverantwortlichen am Tod unseres Genossen Günter Routhier. Die Ladung Sauerwalds war eine peinliche Panne der bürgerlichen Klassenjustiz. Sauerwald blickt nämlich nicht nur auf eine vierzigjährige Dienstzeit im Sold der herrschenden Klasse, zunächst der Hitlerfaschisten und dann unseres „freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates" zurück, er konnte sich auch in den bisherigen Prozessen oft nicht genug beherrschen, pries die „Ruhe und Ordnung" an, die zur Zeit der Nazidiktatur in Deutschland geherrscht hat, sagte offen, es wäre einmal an der Zeit gewesen, „andere Maßnahmen" gegen die KPD/ML zu ergreifen, womit er den Polizeiüberfall im Duisburger Arbeitsgericht meinte.

Als dem Gericht die Panne mit Sauerwald auffiel und auch noch Pit Routhier als von der Verteidigung geladener Zeuge erschien, brach die Richterin die Verhandlung ab und schickte die Zeugen, die schon über fünf Stunden gewartet hatten, unverrichteterdinge wieder nach Hause.

Der Angriff der bürgerlichen Klassenjustiz gegen den „Roten Morgen" muß entschlossen durchkreuzt werden. Die Bourgeoisie wird alles daran setzen, auch wenn ihre Anklage durch den Kampf der Genossen vor Gericht völlig zusammenfällt, dennoch eine hohe Strafe zu verhängen. Kämpfen wir gegen die Unterdrückung und Verfolgung des „Roten Morgen" und der Genossen Gernot Schubert, Dieter Stoll und Karin Wagner. Besucht den zweiten Verhandlungstag des Prozesses am 5. November im Dortmunder Landgericht, Saal 130, Beginn 9 Uhr!

Anschlag auf Parteibüro in Westberlin

In der letzten Woche wurde erneut ein Anschlag auf das Parteibüro in Westberlin verübt. Die unbekannten Täter schossen durch die geschlossene Jalousie an der Frontseite des Büros. Dabei wurde die Schaufensterscheibe zertrümmert und die Geschosse drangen in das Parteibüro ein. Dies ist bereits der fünfte Anschlag, der innerhalb der letzten zwei Jahre auf das Westberliner Büro der Partei verübt wurde. Der letzte Anschlag vor ca. einem halben Jahr gleicht dem jetzigen fast aufs Haar. Auch damals verwendeten die Täter selbstangefertigte Geschosse. **Alle diese Anschläge tragen die Handschrift faschistischer oder sozialfaschistischer Elemente, die dabei die Unterstützung des bürgerlichen Staatsapparates haben;** in allen bisherigen Fällen hat die von den Genossen eingeschaltete Polizei nichts zur Feststellung der Verbrecher unternommen, sie hat im Gegenteil die Gelegenheit benutzt, um im Parteibüro herumzuschnüffeln und Material gegen die Partei in die Hand zu bekommen.

Genosse Heinz Baron freigekämpft!



Nach zehnmonatiger Gefängnishaft mußte die Bourgeoisie Genossen Heinz Baron am 29. Oktober vorfristig aus dem Gefängnis entlassen.

Genosse Heinz Baron war im vergangenen Jahr zu einer Freiheitsstrafe von 16 Monaten ohne Bewährung verurteilt worden, weil er an der Roten-Antikriegstagsdemonstration 1972 in München teilgenommen hatte. Die Bourgeoisie hat den Genossen weder durch den Terror einer Gefängnisstrafe noch durch heimtückische Angebote – wenn er seine kommunistische Gesinnung verleugne, könne er freikommen – brechen können. Genosse Heinz erklärte: „Mein Gesetz sind das Statut und das Programm der KPD/ML sowie die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung!" Deshalb wollte ihn die Bourgeoisie nicht, wie normalerweise üblich, nach 2/3 der Gefängnisstrafe entlassen. Angesichts der großen Solidarität mit Genossen Heinz, angesichts des Kampfes der Partei mußte sie jedoch zurückweichen. Am 29. Oktober wurde Genosse Heinz von über 30 Genossen vor dem Gefängnis in Münster mit Parolen, Transparenten und der Fahne der Partei empfangen.

Roter Antikriegstagsprozeß gegen Volker Nieber

10 Monate Gefängnis ohne Bewährung

In der vergangenen Woche ist Genosse Volker Nieber in München von der bürgerlichen Klassenjustiz in 1. Instanz zu 10 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt worden. „Schwerer Landfriedensbruch" bei der Roten Antikriegstagsdemonstration 1972 in München lautete die Anklage. Obwohl das Gericht keinerlei Beweise in den Händen hatte, fällte es ein Terrorurteil. Die Tatsache, daß der Genosse Kommunist ist, seine politische Gesinnung war dem Gericht „Beweis" genug für seine Verurteilung.

Der Prozeß gegen den Genossen Volker Nieber hat eine Vorgeschichte, die ein bezeichnendes Licht darauf wirft, mit welchen Methoden die Polizei und die bürgerliche Klassenjustiz arbeiten, um einen Kommunisten einzusperren. Bekanntlich hat die Rote Antikriegstagsdemonstration 1972 stattgefunden. Zwei Jahre später „entdeckt" die Polizei einige Fotos der Demonstration, auf denen angeblich Genosse Volker zu sehen sein soll. Am 8. Mai 1974 dringt die politische Polizei in das Daimler-Benz-Werk ein und holt den Genossen von seinem Arbeitsplatz weg, um ihn erkennungsdienstlich zu behandeln. Anschließend bringen sie ihn mit einer Polizeieskorte zurück in den Betrieb und informieren den Werkschutz.

Kurze Zeit darauf wurde Genosse Volker in eine andere Abteilung strafversetzt und erhielt eine Verwarnung. Zugleich versuchte die Polizei Volkers Nachbarn und seinen Vermieter gegen ihn aufzuhetzen. Mit Bart und Jeans getarnte Spitzel, die als gute Bekannte Volkers auftreten, versuchten, vom Vermieter die Schlüssel zu Volkers Wohnung zu bekommen, andere legten ihm Fotos vor, auf denen er Volker identifizieren sollte.

Die Nachbarn, der Vermieter und Volkers Kollegen lehnten es jedoch empört ab, mit der Polizei zusammenzuarbeiten, sie unterstützten ihn im Gegenteil. Die Tatsache, daß die bürgerliche Klassenjustiz den Prozeß erst jetzt, wiederum zwei Jahre später eröffnen konnte, zeigt eindeutig, welche Schwierigkeiten, sie mit der Beschaffung von „Beweismaterial" gegen Volker hatte.

Schließlich gelang ihr durch Fälschung und Betrug einen Meister von Daimler-Benz zu einer Aussage gegen Volker zu bekommen. Aber dieser Zeuge, auf den die bürgerliche Klassenjustiz große Hoffnungen gesetzt hatte, enthüllte vor Gericht die üblen Methoden der Polizei.

Er sagte, er habe schon damals gegenüber der Polizei erklärt, daß er nicht hundertprozentig sicher sei, ob auf den ihm vorgelegten Fotos wirklich Volker zu sehen war. Schließlich habe ihm ein Polizist gesagt, er könne ruhig eine Aussage unterschreiben, bei den Ermittlungen gegen Volker handle es sich um Kleinigkeiten, die keine großen Folgen haben würden. Auch die von der Verteidigung geladenen Zeugen, darunter ein Nachbar Volkers, der drei Jahre mit ihm im selben Haus gewohnt hat, erklärten übereinstimmend, die Person auf den Fotos und Volker seien nicht identisch.

Aber was kümmert das die bürgerliche Klassenjustiz!

Der Staatsanwalt Stocker gab zwar zu, daß die Zeugenaussagen für eine Verurteilung nicht ausreichend seien. Aber dann zog er seine „Beweise" aus der Tasche. Volker ist Kommunist, er hat vor Gericht seine politische Überzeugung und die Rote Antikriegstagsdemonstration verteidigt. Für den Staatsanwalt ein „Beweis" dafür, daß die Person auf den Fotos und Volker identisch sein sollen. Von ähnlicher Qualität war seine zweite Behauptung. Auf den Fotos ist unter anderem Genosse Klaus Kercher zu sehen, der von der bürgerlichen Klassenjustiz bereits zu 16 Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Und weil Klaus und Volker aus derselben Gegend kommen, behauptete der Staatsanwalt frech, also sei Volker auch auf den Fotos zu sehen.

So sehen die „Beweise" der bürgerlichen Klassenjustiz aus! In seiner Urteilsbegründung machte der Richter dann das Maß voll. Er erklärte die Zeugen kurzerhand für „unglaubwürdig" und behauptete in unverschämter Verdrehung der Tatsachen, die Aussage des Meisters vor Gericht sei nicht freiwillig, sondern unter dem angeblichen Druck der Roten Hilfe gemacht worden. Deshalb gelte das, was er gegenüber der Polizei unterschrieben habe.. Die empörenden Methoden und das terroristische Urteil des Münchner Gerichts machen besonders deutlich klar, welchen Auftrag die bürgerliche Klassenjustiz hat: nicht „im Namen des Volkes" Recht zu sprechen, sondern das Volk niederzuhalten und die Kommunisten, die Vorkämpfer der Freiheit der Werktätigen von kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung mit besonderer Schärfe zu verfolgen und zu unterdrücken.

"Transkei"- Ein KZ des Vorsterregimes

Am 26. Oktober sei, so behauptet die Propaganda des rassistischen Vorsterregimes in Südafrika, ein neuer afrikanischer Staat geboren worden – die „Transkei". Aber die riesige Werbekampagne, mit der das rassistische Regime die „Transkei" als Beweis seiner „Humanität" anzupreisen versucht, verdeckt nur schlecht seinen verbrecherischen Plan, mit der Gründung solcher Gebilde den Befreiungskampf des Volkes von Azania zu unterdrücken und die rassistische Ausplünderung und Unterdrückung am Leben zu erhalten.

Das südafrikanische rassistische Regime plant, die gesamte afrikanische Bevölkerung des Landes, insgesamt 18 Millionen Menschen, in neun solcher „Heimatländer", wie sie zynisch genannt werden, zusammenzupferchen. So wollen Vorster und seine Clique das Volk von Azania zwingen, die Rechtmäßigkeit des rassistischen Regimes anzuerkennen und in den Heimatländern ein elendes Sklavenleben unter der Knute des rassistischen Regimes zu führen. Das Volk von Azania hat deshalb seit jeher gegen diesen verbrecherischen Plan Vorsters und seiner Clique gekämpft. Es läßt sich nicht auf einem Territorium, das nicht einmal 14% des Landes umfaßt, einsperren und wird dem rassistischen Regime niemals irgendeine „Rechtmäßigkeit" zugestehen. **Das Volk von Azania kämpft für die Befreiung des ganzen Landes, das seine Heimat ist, es kämpft für den vollständigen Sturz des rassistischen Regimes und für die Vertreibung aller ausländischen Kapitalisten und Imperialisten, die ihm im Nacken sitzen.**

Natürlich ist auch die Behauptung des rassistischen Regimes, die „Transkei" sei ein „unabhängiger Staat", in dem die afrikanische Bevölkerung ihre eigenen Angelegenheiten „frei verwalten" könne, nichts als eine freche Lüge. Die „Transkei" ist in Wahrheit ein Marionettengebilde der Rassisten, sie gleicht einem riesigen KZ, in dem die Afrikaner eingekerkert werden sollen. Die gesamte Verwaltung liegt in den Händen von Lakaien des rassistischen Regimes mit dem Häuptling Matanzima an der Spitze. An den Grenzen der „Transkei" ist die rassistische Armee aufmarschiert, um die „Transkei" abzuriegeln und jede Revolte sofort niederzuschlagen. Jede Opposition gegen das Lakaienregime ist verboten. In der „Transkei" bleiben sogar die vom faschistischen Vorsterregime erlassenen Gesetze über die Rassentrennung und rassistische Unterdrückung in Kraft. Zugleich ist die „Transkei" wirtschaftlich völlig von den südafrikanischen Rassisten abhängig. Es gibt dort keinerlei Industrien, das Land ist total überbevölkert, der Boden ist so schlecht, daß nur 18% des Landes gepflügt werden können, während drei Viertel von Erosionsschäden stark angegriffen ist. 90% des Grundnahrungsmittels Mais müssen eingeführt werden. **Hunger, Not und Elend, völlige Abhängigkeit von den Rassisten, ein Sklavendasein unter ihrem Joch – so sieht das Leben der afrikanischen Bevölkerung in der „Transkei" aus. Das steckt in Wahrheit hinter der „Humanität" des Vorsterregimes.**

Die verbrecherischen Pläne des rassistischen Regimes, die Bildung der „Transkei" sind von allen revolutionären Völkern der Welt verurteilt worden. Auch die Vollversammlung der UNO hat das rassistische Regime verurteilt und der „Transkei" die Anerkennung verweigert.

Das Volk von Azania hat seine Antwort schon seit langem gegeben. Es gibt sie auf dem Schlachtfeld mit dem Gewehr in der Hand, es gibt sie in den bereits seit Monaten andauernden Massenkämpfen in den südafrikanischen Großstädten. Es ist entschlossen, den Kampf für seine Befreiung bis zu Ende zu führen.

CDU und D'K'P hetzen gegen nordirische Patrioten

In der vergangenen Woche hat der Chef der niedersächsischen CDU, Albrecht, die Führerinnen der sogenannten Bewegung „Frauen für den Frieden" aus Nordirland zu einem freundschaftlichen Gespräch empfangen. Albrecht bot ihnen dabei unter anderem seine „moralische, persönliche und finanzielle Hilfe" an.

Die Unterstützung Albrechts für die „Friedensfrauen" ist kein Zufall. Denn diese Bewegung nützt dem britischen Imperialismus und ihre Führerinnen stehen in seinem Dienst. Diese Bewegung ist ein Werkzeug der britischen Imperialisten, um den gerechten bewaffneten Befreiungskampf der nordirischen Patrioten gegen die britischen Kolonialherren zu sabotieren, zu spalten und zu schwächen. Die „Friedensfrauen" predigen den Pazifismus, sie fordern die Befreiungskämpfer auf, die Gewehre aus der Hand zu legen und sich auf Gnade und Ungnade den britischen Imperialisten auszuliefern. Sie verbreiten die trügerische Illusion, als ob es einen friedlichen Weg zur Befreiung Nordirlands von der britischen Kolonialherrschaft geben könnte. Aber die Geschichte zeigt, daß es einen solchen Weg nicht gibt, daß die Imperialisten ihre Macht niemals freiwillig aus den Händen geben, sondern sie bis zuletzt mit blutigem und grausamem Terror gegen das Volk verteidigen. Der Pazifismus, der die werktätigen Massen entwaffnen soll, dient ihnen dazu, wie in Chile, im gegebenen Moment die Massen blutig niederzuschlagen und niederzumetzeln, ihre Terrorherrschaft zu festigen und zu erweitern.

Die „Friedensfrauen" hatten deshalb von Anfang an die Unterstützung des Imperialismus und aller reaktionären Kräfte einschließlich des Vatikan. Deshalb wollte ihnen die SPD - Bundestagspräsidentin Renger den Friedensnobelpreis zuschanzen, deshalb tritt Albrecht jetzt in ihrer Begleitung als Apostel der Gewaltlosigkeit auf und bietet jede erdenkliche Hilfe an – derselbe Albrecht, der in einem seiner Bücher ganz offen dazu aufrief, Menschen zu foltern, wenn es um die „höchsten Werte der Menschheit", sprich um die Verteidigung des Imperialismus gegen den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse und der Völker geht.

In dieser konterrevolutionären Front, Seite an Seite mit den Albrecht und Co., stehen auch die modernen Revisionisten der D„K"P. Sie haben den „Friedensfrauen" den Mantel einer fortschrittlichen Bewegung umgehängt und predigen ebenfalls Pazifismus, während sie gleichzeitig wie wahnsinnig den bewaffneten Kampf der nordirischen Patrioten als „Terror" verunglimpfen und behaupten, daß er die „Spaltung der nordirischen Arbeiterklasse nach Konfessionen verschärft hat". So verteidigen die modernen Revisionisten die Kolonialherrschaft des britischen Imperialismus über Nordirland, als Feinde des revolutionären Befreiungskampfes der werktätigen Massen Nordirlands gegen ihre Unterdrücker.

Elan-Artikel über China

Revisionistenhetze gegen Genossen Mao Tsetung

Letztes Jahr zeichneten die D„K"P-Revisionisten auf einer Weltkarte ihrer „Elan" (Jugendmagazin der SDAJ) die VR China zynischerweise zusammen mit der Sowjetunion rot ein. Die ganze Zeit über findet sich, außer schlechten Witzen, kaum ein Artikel gegen das China Mao Tsetungs. Natürlich galt der Haß der modernen Revisionisten schon immer Mao Tsetung und dem roten China und ihre ganze Zuneigung den Ulbricht, Honecker, Chruschtschow, Breschnew und Co. Aber weil die Jugend hier gerade umgekehrt denkt und fühlt, traute sich „Elan" genausowenig offen gegen Mao Tsetung zu schießen, wie ihre Ideale à la Chruschtschow anzubieten.

Jetzt, kaum daß Mao Tsetung tot ist, kommen alle Sorten von Ratten ungeniert aus ihren Löchern, um mit Kübeln voll Dreck über Mao Tsetung herzufallen. Unverhüllt drücken sie ihre Wut, ihren Haß auf die Revolution in China aus, unverhohlen ihre Hoffnung, daß mit Maos Tod auch sein Werk und seine Ideale sterben mögen. „Mao tot – wird China wieder rot?" Unter dieser Überschrift lassen sie die altbekannten revisionistischen Katzen aus dem Sack, um die marxistisch-leninistische Linie Mao Tsetungs anzugreifen. Es wird ihnen bei diesem Unternehmen allerdings genauso ergehen wie ihrem Ziehvater Chruschtschow, der nach Stalins Tod nicht genug Schimpftiraden über ihn ausschütten konnte – und inzwischen auf dem Misthaufen der Geschichte gelandet ist – während Stalin und Mao Tsetung für das internationale Proletariat, für die Völker der Welt unsterblich bleiben werden.

Worauf starten die modernen Revisionisten hauptsächlich ihre kläffenden Angriffe? Sie reden davon, daß Maos Reich „grobschlächtig" und „chaotisch" sei, sie schimpfen „gegen das periodische Durchrütteln der Gesellschaft, die künstliche Anheizung der inneren Situation durch fortwährende Kampagnen, die einander in immer kürzeren Abständen ablösen." Was sie damit meinen ist nichts anderes als „die kulturrevolutionäre Linie", die Große Proletarische Kulturrevolution, über die sie sich bitter beklagen. „Chaotisch" nennen sie die Weiterführung der Revolution unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats. Was ihnen dagegen als Wunschtraum vor Augen schwebt, ist die „Ruhe und Ordnung", wie sie die neue Bourgeoisie in der Sowjetunion mit ihrer faschistischen Diktatur über die sowjetischen Völker, über das polnische, tschechoslowakische und einen Teil des deutschen Volkes usw. mit Bajonetten und Panzern aufrechterhält.

Kein Wunder, daß sie die Große Proletarische Kulturrevolution als „grobschlächtig" empfinden, denn mit ihresgleichen, mit Leuten vom Schlage eines Breschnew wurde da nicht „fein" und „zimperlich" umgegangen. Die chinesischen Chruschtschows wurden bekämpft, gestürzt und weggefegt. Es waren die Leute, die den Marxismus-Leninismus im Munde führten, die die rote Fahne und Mao Tsetung vor sich hertrugen, jedoch den Revisionismus praktizierten und in Wirklichkeit bürgerliche Machthaber waren. Mit dem Ziel vor Augen, daß die KP Chinas und die Volksrepublik die Farbe wechseln, hatten sie sich in den 60er Jahren bereits in führende Positionen auf allen Gebieten und vor allem in der Partei eingenistet. Voller Hoffnung auf eine baldige Machtergreifung tischten sie den revisionistischen Plunder Chruschtschows auf – daß im Sozialismus der Klassenkampf absterbe, daß die Diktatur des Proletariats über die Bourgeoisie immer weniger notwendig sei. Wenn sie vom Erlöschen des Klassenkampfes faselten, so drückten sie damit nur ihren Wunsch aus, das Proletariat solle den Kampf gegen die Bourgeoisie aufgeben, damit sie ungestört ihren Klassenkampf gegen das Proletariat führen können, nämlich dem Proletariat die politische Macht entreißen. Ihr Irrtum war, nicht mit den revolutionären Volksmassen und den proletarischen Revolutionären in der KP Chinas zu rechnen, die stets an den marxistisch-leninistischen Lehren von der Notwendigkeit der Weiterführung des Klassenkampfes unter der Diktatur des Proletariats festhielten. Die stets betonten, daß in der Periode des Sozialismus zwischen Bourgeoisie und Proletariat ein Kampf auf Leben und Tod tobt; daß deshalb das Proletariat seine starke Diktatur über die Bourgeoisie immer ausüben und festigen muß, um die immer neuen und raffinierteren Versuche einer erneuten Machtergreifung der Bourgeoisie zu entlarven und niederzuschlagen.

Die Träume und Hoffnungen der bürgerlichen Machthaber waren schon weit gediehen, als sie die Diktatur des Proletariats mit der Großen Proletarischen Kulturrevolution wie ein Hammerschlag traf. Genosse Mao Tsetung leitete persönlich die Große Proletarische Kulturrevolution ein mit dem Aufruf an das chinesische Volk. „Bombardiert das bürgerliche Hauptquartier." Die bürgerlichen Hauptquartiere um Liu Schao-tschi wurden entlarvt und zerschmettert und mit ihnen ihre revisionistischen Konzepte vom Gulaschkommunismus à la Chruschtschow, den das chinesische Volk doch angeblich wünsche, vom materiellen Anreiz, von der Notwendigkeit, an die erste Stelle die Entwicklung der Produktivkräfte zu setzen usw.

Die KP Chinas und das chinesische Volk haben genau das getan, was „Elan", was die modernen Revisionisten bekämpfen und beschimpfen als „die absolute Priorität der Politik und Ideologie gegenüber der Ökonomie." Im Namen der Revisionisten soll es umgekehrt sein. Unter dem Vorwand „Hauptsache, es wird produziert", „Hauptsache, Industrie und Landwirtschaft werden aufgebaut" soll das Volk vergessen, für wen es produziert, für sich oder für die Kapitalistenklasse; soll es vergessen, welche Klasse in Staat und Gesellschaft die Herrschaft und Macht innehat, die Bourgeoisie oder das Proletariat. Um das dem chinesischen Volk weiszumachen, kam Deng Hsiao-ping mit seinem Katzenbeispiel an – es sei egal, ob die Katze weiß oder schwarz sei, Hauptsache, sie fange Mäuse. Also egal ob Kapitalismus oder Sozialismus, Hauptsache, die Industrie wird entwickelt. In Wirklichkeit meinte er, Hauptsache, der Kapitalismus wird entwickelt und das Volk kann wieder ausgebeutet werden. Die Revisionisten haben immer scheinheilig „die Politik" in den Hintergrund geschoben, „hinter die Ökonomie", um „ihre Politik" durchzusetzen, um ihre Macht über das Proletariat zu errichten.

Die Pläne der bürgerlichen Machthaber in China wurden in der Großen Proletarischen Kulturrevolution durchkreuzt, ein ganz empfindlicher Schlag für die Revisionisten. Mit ihren Eisen im Feuer waren sie kläglich gescheitert. Lin Biao schaffte es nicht mal mehr, zu seinen revisionistischen Kumpanen nach Moskau zu fliehen. Es ist der Haß der geschlagenen Bourgeoisie, der aus allen Zeilen des „Elan"-Artikels gegen die Große Proletarische Kulturrevolution spricht. Derselbe Haß, der Deng Hsiao-ping nicht ruhen ließ, weil er von den Roten Garden kritisiert, bombardiert und mit Narrenmütze, der Wut und dem Hohn des revolutionären Volkes ausgesetzt, durch die Straßen Pekings getrieben wurde. So wie er sich Tag und Nacht nach einer Abrechnung mit der Kulturrevolution und nach Restauration des Kapitalismus sehnte, so wie er erneut Versuche startete, die Kulturrevolution rückgängig zu machen, die gefällten Urteile zu revidieren, so versuchen es jetzt alle revisionistischen Ratten nach Mao Tsetungs Tod.

Ist es nicht der beste Beweis für den großartigen proletarischen Kampf der Kulturrevolution, wenn die Bourgeoisie und im Chor mit ihr die Revisionisten wie getroffene Hunde gegen sie bellen? Dies spiegelt nur wieder, daß die Große Proletarische Kulturrevolution nichts anderes war als ein erbarmungsloser Kampf des Marxismus-Leninismus gegen den Revisionismus, ein Kampf der damals den Machtantritt des Revisionismus und damit der Bourgeoisie in China verhinderte. Nichts fürchten sie mehr, als daß Mao Tsetungs Worte von 1967: **„Die derzeitige große Kulturrevolution ist nur die erste; es werden in der Zukunft unausbleiblich noch mehrere erfolgen.",** Wirklichkeit werden und ihnen ein weiterer Schlag versetzt wird.

Aber nicht nur was China betrifft, versetzte ihnen die Kulturrevolution einen Stoß ins Herz: Sondern auch, daß, angespornt durch den unversöhnlichen Kampf der KP Chinas mit Mao Tsetung an der Spitze gegen den Chruschtschow-Revisionismus, begeistert von der Großen Proletarischen Kulturrevolution, sich auf der ganzen Welt im Kampf gegen die revisionistisch entarteten Parteien wahrhaft marxistisch-leninistische Parteien gründeten.

Was stört uns, wenn „Elan" gegen diese Parteien dasselbe Arsenal an Schimpfwörtern aus der Tasche zieht – „Chaoten", „Maoisten" usw. – wie gegen die Revolutionäre in China? War für Chruschtschow, Liu Schao-tschi, Lin Biao, Deng Hsiao-ping der Todfeind Mao Tsetung und seine ruhmreiche KP Chinas, so ist er für die D„K"P hier die KPD/ML, die die rote Fahne wieder aus dem Schmutz erhob, in den sie die modernen Revisionisten getreten hatten. Die KPD/ML wird nie aufhören, den Revisionismus zu entlarven, zu bombardieren, bis er geschlagen ist und die siegreiche proletarische Revolution in Deutschland durchgeführt werden kann. Wenn „Elan" schreibt: „Wo immer sich in den kapitalistischen Ländern politische Gruppierungen auf die Theorien Maos berufen, betreiben sie eine Politik der Spaltung..." **Die Spaltung jedoch betreiben sie, denn sie haben den Marxismus-Leninismus verraten und, so wenig es eine Einheit mit der Bourgeoisie geben kann, so wenig wird es jemals eine Einheit mit den Revisionisten geben, mögen sie sich auch zeitweilig noch so stark geben und fühlen. Immer werden die Marxisten-Leninisten einig sein und das abstoßen, was reaktionär und bürgerlich ist. Immer wird sich eins in zwei teilen, denn der Kampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat läßt sich sowenig miteinander versöhnen wie der Revisionismus mit dem Marxismus-Leninismus. Für uns ist das Entscheidende: die Einheit der Partei mit den ausgebeuteten und unterdrückten Volksmassen herzustellen, damit das Reaktionäre mit Gewalt niedergestoßen werden kann, denn nichts Reaktionäres fällt, ohne daß man es niederschlägt.**

Im Kampf gegen die Supermächte an den grundlegenden Lehren des Vorsitzenden Mao Tsetung festhalten!

Der Vorsitzende Mao Tsetung war der größte Marxist-Leninist unserer Zeit. Im gesamten Verlauf der chinesischen Revolution studierte Vorsitzender Mao den Marxismus-Leninismus und verband ihn schöpferisch mit der Praxis und den Erfahrungen des Klassenkampfes und des revolutionären Krieges in China, wobei er ihn in einigen Fragen weiterentwickelte und so dem internationalen Proletariat grundlegende Lehren hinterließ, die von allgemeingültiger, großer Bedeutung sind. Der Vorsitzende Mao ist jetzt tot. Unsterblich aber ist sein Werk! Die Marxisten-Leninisten auf der ganzen Welt werden Fortsetzer der proletarisch-revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao sein. Aber wie Genosse Ernst Aust in seiner Trauerrede sagte, ist es allerdings auch „sicher, daß gewisse Kräfte, Konterrevolutionäre, Revisionisten und Renegaten, aus ihren Löchern hervorkriechen werden, daß sie unter Berufung auf die Lehre Mao Tsetungs versuchen werden, wie sie es schon mit den Lehren von Marx und Lenin taten, diese ihres revolutionären Inhalts zu berauben." Daher muß jeder Marxist-Leninist unbeirrbar an der proletarisch-revolutionären Linie des Genossen Mao Tsetung festhalten. Seine Lehren über den proletarischen Klassenkampf, gegen den Imperialismus im nationalen und internationalen Maßstab sowie um die Erhaltung des Weltfriedens sind ebenso wie die glänzenden Ausführungen der vom Vorsitzenden Mao persönlich geleiteten Großen Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung von weitreichender aktueller Bedeutung. Gerade heute ist es äußerst wichtig, sie zu studieren, um die Fähigkeit zu erhöhen, zwischen wirklichem Marxismus-Leninismus und modernem Revisionismus unterscheiden zu können, und um die großen Widersprüche unserer Zeit richtig zu erkennen und zu lösen.

„Der Grundwiderspruch im Entwicklungsprozeß eines Dinges und das durch diesen Grundwiderspruch bedingte Wesen des Prozesses verschwinden nicht, solange der Prozeß nicht abgeschlossen ist; doch weisen die Umstände in den einzelnen Etappen dieses langen Entwicklungsprozesses oft Unterschiede auf. Das ergibt sich daraus, daß der Grundwiderspruch im Entwicklungsprozeß des betreffenden Dinges, obgleich sein Charakter und das Wesen dieses Prozesses sich nicht ändern, in den einzelnen Entwicklungsetappen des langen Prozesses immer schärfere Formen annimmt. Mehr noch, unter den größeren und kleineren Widersprüchen, die durch den Grundwiderspruch bedingt sind oder sich unter seinem Einfluß befinden, verschärfen sich die einen, während andere zeitweilig oder teilweise gelöst oder gemildert werden und wieder andere, neue Widersprüche entstehen. ... Als Marx dieses Gesetz auf das Studium der ökonomischen Struktur der kapitalistischen Gesellschaft anwandte, entdeckte er, daß der grundlegende Widerspruch dieser Gesellschaft der Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und dem privaten Charakter der Aneignung ist ... In den Beziehungen der Klassen bekundet sich dieser Widerspruch als Widerspruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat." (Mao Tsetung, 1937)

„... Diese innere Widersprüchlichkeit der Dinge ist die Grundursache ihrer Entwicklung, während der Zusammenhang und die Wechselwirkung eines Dinges mit anderen Dingen sekundäre Ursachen darstellen. ... Die gesellschaftlichen Veränderungen hängen in der Hauptsache von der Entwicklung der Widersprüche innerhalb der Gesellschaft ab, also der Widersprüche zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, zwischen den Klassen, zwischen dem Neuen und dem Alten; die Entwicklung dieser Widersprüche treibt die Gesellschaft vorwärts und gibt den Impuls für die Ablösung der alten Gesellschaft durch eine neue. Schließt die materialistische Dialektik äußere Ursachen aus? Keineswegs. Sie betrachtet die äußeren Ursachen als Bedingungen der Veränderung und die inneren Ursachen als deren Grundlage, wobei die äußeren Ursachen vermittels der inneren wirken." (Mao Tsetung, 1937)

„Im Entwicklungsprozeß eines komplexen Dinges gibt es eine ganze Reihe von Widersprüchen, unter denen stets einer der Hauptwiderspruch ist; seine Existenz und seine Entwicklung bestimmen oder beeinflussen die Existenz und die Entwicklung der anderen Widersprüche.

So bilden zum Beispiel in der kapitalistischen Gesellschaft die beiden gegensätzlichen Kräfte, Proletariat und Bourgeoisie, den Hauptwiderspruch. Die anderen Widersprüche wie zum Beispiel der Widerspruch zwischen den Überresten der Feudalklasse und der Bourgeoisie, der Widerspruch zwischen den bäuerlichen Kleineigentümern und der Bourgeoisie, der Widerspruch zwischen dem Proletariat und den bäuerlichen Kleineigentümern, der Widerspruch zwischen der nichtmonopolistischen Bourgeoisie und der monopolistischen Bourgeoisie, der Widerspruch zwischen der bürgerlichen Demokratie und dem Faschismus der Bourgeoisie, die Widersprüche zwischen dem Imperialismus und den Kolonien sowie alle übrigen Widersprüche – sie alle werden vom Hauptwiderspruch bestimmt, stehen unter seinem Einfluß." (Mao Tsetung, 1937)

„Qualitativ verschiedene Widersprüche können nur mit qualitativ verschiedenen Methoden gelöst werden. So ist zum Beispiel der Widerspruch zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie mit der Methode der sozialistischen Revolution zu lösen." (Mao Tsetung, 1937)

„Um die Widersprüche in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in den imperialistischen und kapitalistischen Ländern von Grund auf zu lösen, ist es notwendig, die proletarische Revolution durchzuführen und die Diktatur des Proletariats zu errichten." („Polemik über die Generallinie")

„Will man die Revolution, dann muß man eine revolutionäre Partei haben. Ohne eine revolutionäre Partei, die gemäß der revolutionären Theorie und dem revolutionären Stil des Marxismus-Leninismus aufgebaut ist, ist es unmöglich, die Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen zum Sieg über den Imperialismus und seine Lakaien zu führen." (Mao Tsetung, 1948)

„Die zentrale Aufgabe der Revolution und ihre höchste Form ist die Machtergreifung auf bewaffnetem Wege, das heißt die Lösung dieser Frage durch den Krieg. Dieses revolutionäre Prinzip des Marxismus-Leninismus ist allgemeingültig." (Mao Tsetung, 1938)

„Das Proletariat ist die größte Klasse in der Geschichte der Menschheit. Es ist in ideologischer und politischer Hinsicht und in bezug auf die Stärke die mächtigste revolutionäre Klasse. Es kann und muß die überwiegende Mehrheit der Menschen um sich scharen, um die Handvoll von Feinden maximal zu isolieren und zu schlagen." (Mao Tsetung, zit. 1971)

„Unsere Partei hat mit der Bourgeoisie eine nationale Einheitsfront gebildet, und sie hat infolge des Bruchs dieser Einheitsfront ernsthafte bewaffnete Kämpfe gegen die Großbourgeoisie und deren Verbündete geführt. Seit drei Jahren befindet sie sich wiederum in einer Periode der nationalen Einheitsfront mit der Bourgeoisie. Durch solche komplizierten Beziehungen zur chinesischen Bourgeoisie ist der Entwicklungsweg der chinesischen Revolution gekennzeichnet. Das ist eine historische Besonderheit, eine Besonderheit im Verlauf der Revolution in Kolonien und Halbkolonien, die in der Revolutionsgeschichte keines kapitalistischen Landes zu finden ist." (Mao Tsetung, 1939)

„Einerseits muß man den Fehler bekämpfen, der in der Nichtbeachtung der Möglichkeit liegt, daß sich die Bourgeoisie in bestimmten Perioden und in bestimmtem Grade am revolutionären Kampfe beteiligen kann. Diesen Fehler begehen heißt, die chinesische Bourgeoisie der Bourgeoisie kapitalistischer Länder gleichzusetzen. . ." (Mao Tsetung, 1939)

„In der nationalen Frage vertritt die Partei des Proletariats weltanschaulich den Internationalismus, nicht Nationalismus. Im revolutionären Kampf unterstützt die Partei des Proletariats den fortschrittlichen Nationalismus und kämpft gegen den reaktionären Nationalismus. Die Partei des Proletariats muß immer einen klaren Trennungsstrich zwischen sich selbst und dem bürgerlichen Nationalismus ziehen, sie darf sich ihm niemals gefangengeben." („Polemik über die Generallinie")

„Die proletarische Partei muß die Volksmassen im Kampf gegen den Feind führen, sie muß es verstehen, die Widersprüche unter den Feinden auszunutzen. Aber solche Widersprüche auszunutzen hat den Zweck, in den revolutionären Kämpfen des Volks leichter das Ziel zu erreichen, nicht aber, diese Kämpfe zu liquidieren." („Polemik über die Generallinie")

* * * * * * * *

„Der Sowjetrevisionismus und der USA-Imperialismus, die unter einer Decke stecken, haben so viel üble und berüchtigte Taten begangen, daß die revolutionären Völker der ganzen Welt sie nicht unbestraft entkommen lassen werden. Die Völker aller Länder erheben sich. Eine neue Geschichtsperiode des Kampfes gegen den USA-Imperialismus und gegen den Sowjetrevisionismus hat bereits begonnen." (Mao Tsetung, zit. 1971)

„Marxisten-Leninisten der ganzen Welt, revolutionäre Völker der ganzen Welt, schließt euch zusammen, um den Imperialismus, den modernen Revisionismus und die Reaktionäre aller Länder niederzuschlagen! Eine neue Welt ohne Imperialismus, ohne Kapitalismus und ohne Ausbeutungssystem wird bestimmt aufgebaut werden." (Mao Tsetung, 1968)

„Wenn wir sagen: ‚Der Imperialismus ist bestialisch', so meinen wir, daß sich sein Wesen nicht ändern kann, daß die Imperialisten bis zu ihrem Untergang ihr Schlächtermesser nie aus der Hand geben werden, sich nie in Buddhas verwandeln können." (Mao Tsetung, 1949)

„Nein, auf den USA-Imperialismus kann man sich nicht verlassen, auf keinen Imperialismus, keine Reaktionäre kann man sich verlassen. Die wahrhaft zuverlässigen Verbündeten der (sozialistischen – RM) Sowjetunion sind einzig und allein die Bruderländer im sozialistischen Lager, die marxistisch-leninistischen Bruderparteien, die geknechteten Volksmassen und unterdrückten Nationen." („Polemik über die Generallinie")

„Die Regierungen der imperialistischen Staaten haben trotz tagtäglicher konterrevolutionärer Aktivität in ihren Äußerungen und offiziellen Dokumenten niemals die Wahrheit gesagt, sondern sie haben stets alles aufgebauscht oder zumindest gewürzt mit Beteuerungen von Humanität, Gerechtigkeit und Tugend." (Mao Tsetung, 1949)

„Wann immer möglich, wollen die Imperialisten den sozialistischen Staaten Schaden zufügen und sie vernichten, wollen sie auf andere Länder und Nationen Aggressionen unternehmen und diese versklaven. Die Geschichte zeigt: Nur aus verschiedenen ihnen ungünstigen, objektiven Gründen werden die Imperialisten sich nicht in das Abenteuer einzulassen wagen, einen Krieg gegen die sozialistischen Staaten vom Zaun zu brechen, oder zum Waffenstillstand, zur Annahme eines gewissen Grads der friedlichen Koexistenz gezwungen werden." („Polemik über die Generallinie")

„Was die imperialistischen Staaten anbetrifft, so sollten wir uns auch mit ihren Völkern vereinen und danach streben, mit diesen Ländern in friedlicher Koexistenz zu leben, mit ihnen Handel treiben und jeden möglichen Krieg verhüten. Aber unter keinen Umständen dürfen wir irgendwelche unrealistischen Vorstellungen von diesen Ländern hegen." (Mao Tsetung, 1957)

„Friedliche Koexistenz darf niemals auf die Beziehungen zwischen unterdrückten und unterdrückenden Nationen, zwischen unterdrückten und unterdrückenden Staaten, zwischen unterdrückten und unterdrückenden Klassen ausgedehnt werden." („Polemik über die Generallinie")

„Wir waren immer der Ansicht, daß es notwendig ist, ständig scharfe Wachsamkeit zu üben, angesichts der Gefahr einer imperialistischen Aggression gegen die sozialistischen Länder. Wir waren auch der Ansicht, daß es für sozialistische Länder möglich ist, Abkommen durch friedliche Verhandlungen zu erreichen und mit den imperialistischen Ländern notfalls in einigen Fragen Kompromisse zu schließen, wobei gewisse wichtige Fragen nicht ausgeschlossen werden. Jedoch es ist so, wie Genosse Mao Tsetung gesagt hat: ‚Derartige Kompromisse machen es nicht erforderlich, daß die Völker in den kapitalistischen Ländern deshalb im eigenen Land Kompromisse schließen. Die Völker aller Länder werden entsprechend ihrer jeweiligen Lage auf unterschiedliche Art und Weise kämpfen." („Polemik über die Generallinie")

* * * * * * * *

„Die Gefahr eines neuen Weltkrieges bleibt immer noch bestehen, und die Völker aller Länder müssen dagegen Vorbereitungen treffen. Aber die Haupttendenz in der heutigen Welt ist Revolution." (Mao Tsetung, 1970)

„Was die Frage eines Weltkrieges betrifft, gibt es nur zwei Möglichkeiten: Die eine ist, daß der Krieg die Revolution hervorruft, die andere ist, daß die Revolution den Krieg verhindert." (Mao Tsetung, 1969)

„Der Weltfrieden kann nur von den Völkern erkämpft, nicht aber bei den Imperialisten erbettelt werden. Nur wenn man sich auf die Volksmassen stützt und der imperialistischen Aggressions- und Kriegspolitik die Spitze bietet, kann man den Frieden wirksam verteidigen. Das ist der richtige Kurs." („Polemik über die Generallinie")

„Völker aller Länder, vereinigt euch, kämpft gegen die Aggressionskriege, die der Imperialismus – ganz gleich welcher – oder der Sozialimperialismus entfesselt, besonders gegen einen Aggressionskrieg, in dem Atombomben als Waffen benutzt werden! Wenn ein solcher Krieg ausbricht, sollten die Völker der ganzen Welt den Aggressionskrieg durch einen revolutionären Krieg beseitigen; dazu sollten von jetzt an Vorbereitungen getroffen werden." (Mao Tsetung, 1970)

„Der Krieg, dieser Moloch, der die Menschen sich gegenseitig abschlachten läßt, wird mit der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft letzten Endes aus der Welt geschafft werden, und zwar in nicht allzu ferner Zukunft. Es gibt aber nur ein Mittel zur Abschaffung des Krieges: Man muß den Krieg mit dem Krieg bekämpfen, dem konterrevolutionären Krieg den revolutionären Krieg, dem konterrevolutionären nationalen Krieg den revolutionären nationalen Krieg, dem konterrevolutionären Klassenkrieg den revolutionären Klassenkrieg entgegensetzen. In der Geschichte gibt es nur zwei Arten von Kriegen: gerechte und ungerechte. Wir sind für die gerechten Kriege und gegen die ungerechten. Alle konterrevolutionären Kriege sind ungerecht, alle revolutionären Kriege sind gerecht." (Mao Tsetung, 1936)

„Die Sowjetunion ist ein sozialistischer Staat, ein Staat, in dem die Kommunistische Partei an der Macht ist, und die Einstellung der Sowjetunion zum Krieg wird notwendigerweise auf zweierlei Weise deutlich zum Ausdruck kommen: 1. In der entschiedenen Ablehnung der Teilnahme an ungerechten, räuberischen, imperialistischen Kriegen und in der strikten Wahrung der Neutralität gegenüber den beiden kriegführenden Parteien. Deshalb wird die Rote Armee der Sowjetunion in keinem Fall prinzipienlos auf einer der beiden imperialistischen Seiten am Krieg teilnehmen; 2. in der aktiven Unterstützung der gerechten Kriege, die keine Raubkriege, sondern Befreiungskriege sind. . . Die kommunistischen Parteien und die Völker aller Länder müssen sich dagegen erheben, müssen den imperialistischen Charakter der beiden kriegführenden Seiten entlarven, müssen zeigen, daß dieser Krieg den Völkern der Welt lediglich Schaden zufügt und ihnen nicht im geringsten nützt, sie müssen die verbrecherischen Taten der sozialdemokratischen Parteien entlarven, die den imperialistischen Krieg unterstützen und die Interessen des Proletariats verraten." (Mao Tsetung, 1939)

„Ein standhafter Marxist-Leninist, eine echte marxistisch-leninistische Partei muß Prinzipien den ersten Platz einräumen. Mit Prinzipien darf nicht Schacher getrieben werden, man darf nicht bald diesem, bald jenem zustimmen, bald für diese und bald für jene Meinung eintreten." („Polemik über die Generallinie")

Unter der Fahne des Kampfes gegen 'ultralinks' - vollständige Kapitulation vor dem Imperialismus!

Im Verlauf der letzten Jahre hat sich immer offener und klarer eine durch und durch opportunistische Linie entwickelt, die im Kampf gegen die beiden Supermächte, den russischen Sozialimperialismus und den USA-Imperialismus, im Kampf für Frieden und Selbstbestimmung, Einfluß gewonnen hat. Kennzeichnend für diese opportunistische Linie ist, daß sie die Führung des Kampfes um die sozialistische Revolution als „ultralinks" beschimpft und den Kampf für den Sturz der eigenen Monopolbourgeoisie als „prosozialimperialistisch", d. h. „im Dienst des russischen Sozialimperialismus stehend", diffamiert und bekämpft. Wir kennen diese Strömung besonders gut von der Gruppe Rote Fahne, die mit ihrem Geschrei vom „Kampf gegen den Linksopportunismus" ihre Linie der Klassenversöhnung, der Vereinigung mit der Monopolbourgeoisie, der Kapitulation vor dem Imperialismus in den Reihen der Marxisten-Leninisten durchzusetzen sucht.

Doch diese gefährliche Strömung ist durchaus keine Erscheinung, die nur in unserem Land auftaucht. Ein besonders ausgeprägtes Beispiel dafür ist auch die konterrevolutionäre Truppe eines gewissen Vilar, die in Portugal ihr Unwesen gegen das Proletariat und seinen revolutionären Kampf treibt. Es ist eine internationale Strömung, deren Kern vollkommen identisch ist mit der Linie des Konterrevolutionärs Deng Hsiao-ping, einer Linie der vollständigen Kapitulation gegenüber der Bourgeoisie und dem Imperialismus, einer Linie, die gegen den Klassenkampf des Proletariats zu Felde zieht.

Eine internationale opportunistische Strömung

Es ist keineswegs ein Zufall, daß diese Strömung, die die Kapitulation vor dem Imperialismus predigt, international auftritt. Noch stets haben die Opportunisten und Revisionisten aller Schattierungen jede wichtige Veränderung in der Weltlage ausgenutzt, um Verwirrung zu stiften und das internationale Proletariat vom Weg der sozialistischen Revolution abzubringen. Mit der Entartung der sozialistischen Sowjetunion zu einer sozialimperialistischen Supermacht, mit dem zunehmenden Ringen beider imperialistischer Supermächte um die Vorherrschaft in der Welt, mit der wachsenden Gefahr eines neuen imperialistischen Weltkrieges hat der Kampf um Frieden und Selbstbestimmung ständig an Bedeutung zugenommen. Diese neu entstandene Lage haben sich die Opportunisten zunutze gemacht, um den Kampf für die Revolution durch einen prinzipienlosen Kampf für Frieden zu ersetzen. Sie wollen den Kampf für die Zerschlagung des Imperialismus – jeglichen Imperialismus, der den Hauptinhalt des Kampfes um Frieden darstellt, liquidieren. Es handelt sich im Kern um eine durch und durch revisionistische Linie.

Während die Vertreter dieser Strömung – bei uns die Gruppe Rote Fahne – die Marxisten-Leninisten, die an der konsequenten Führung des revolutionären Klassenkampfes festhalten, als „ultralinks" diffamieren, bezeichnen sie sich selbst als die konsequentesten Verfechter des Kampfes für Unabhängigkeit und Frieden. Die Frage aber ist, wie diese „Unabhängigkeit", für die sie zu kämpfen vorgeben, aussieht. Und die Frage ist, auf welchen Grundlagen dieser Kampf von ihnen geführt wird.

Sie behaupten, die Bedrohung der Unabhängigkeit, die Bedrohung des Friedens gehe einseitig vom russischen Sozialimperialismus aus.

Wenn man sich zum Beispiel die Aufrufe und grundlegenden Artikel der Gruppe Rote Fahne der letzten Zeit ansieht, so geht klar aus ihnen hervor, daß der US-Imperialismus, die andere Supermacht, nicht etwa eine Bedrohung darstellt, sondern vielmehr als eine für die Völker Europas nützliche Kraft geschildert wird, die sich ebenfalls gegen den russischen Sozialimperialismus richte. Ja, diese Strömung geht sogar soweit, die tatsächliche Vorherrschaft des USA-Imperialismus über Westeuropa zu leugnen. Da wird von „Versuchen der anderen Supermacht" gesprochen, „ihre verlorengegangene Vorherrschaft über Westeuropa wiederzuerlangen"[1]. Das heißt nichts anderes, als daß der Kampf gegen den US-Imperialismus abgeschrieben wird. Ja mehr noch: Die Anwesenheit der amerikanischen Supermacht wird sogar als wünschenswert propagiert, angeblich „weil ohne sie der sowjetische Sozialimperialismus gegenwärtig ein leichtes Spiel mit uns hätte" [2]. Und sie scheuen sich auch nicht einmal zu betonen, die US-Truppen in Westdeutschland seien gar keine Besatzer! Vielmehr werden diese Truppen gefeiert, weil sie im Kampf gegen den Sozialimperialismus „eine Atempause verschaffen"[3] würden.

Das heißt, sie verteidigen unter dem Deckmantel des Kampfes für die Unabhängigkeit gegenüber dem russischen Sozialimperialismus die Vorherrschaft des USA-Imperialismus. Ja, sie setzen sogar alles daran, den gerechten Kampf der Bevölkerung gegen die Besatzertruppen in unserem Land zu sabotieren. Sie selbst schrieben: „Wir erziehen die Volksmassen also im praktischen Kampf, daß sie heute die Vertreibung der USA-Truppen nicht ehrlich wollen können."[4] So sieht ihr Kampf um Unabhängigkeit aus! Und was die Frage der Kriegsgefahr anbelangt, ist das nicht anders: „... ein Verteidigungskonzept gegenüber der drohenden Aggression des Sozialimperialismus ausschließlich außerhalb der Nato vorzuschlagen"[5], das ist für sie „töricht". **Den drohenden imperialistischen Krieg also in einen gerechten, revolutionären Krieg der Volksmassen, in die Revolution umzuwandeln, wie der Marxismus-Leninismus es fordert – und das allerdings nicht nur „außerhalb der Nato", sondern gegen diesen Kriegspakt des US-Imperialismus – das nennen sie „töricht".**

Den US-Imperialismus gegenüber dem russischen Sozialimperialismus verteidigen – oder den Kampf zwischen den Räubern ausnutzen, um sie allesamt zu beseitigen?

Tatsache ist, daß die Nato, daß die US-Truppen in Westeuropa und in Westdeutschland die Kriegsgefahr nicht etwa vermindern, sondern gerade erhöhen. Die GRF führt also in Wahrheit den Kampf weder für die Unabhängigkeit von beiden Supermächten noch gegen die drohende Kriegsgefahr, die heute vor allem vom Ringen beider Supermächte ausgeht. Sie stellt sich vielmehr auf die Seite der einen Supermacht gegen die andere. Sie verteidigt die schwächere gegen die stärkere. Lenin dagegen sagte klar: ***„Es ist nicht die Sache der Sozialisten, dem jüngeren und kräftigeren Räuber (Deutschland) zu helfen, die älteren sattgefressenen Räuber auszuplündern."*** Ebensowenig natürlich umgekehrt, sondern: ***„Die Sozialisten haben den Kampf zwischen den Räubern auszunutzen, um sie allesamt zu beseitigen."***[6] Lenins Forderung – und das ist die Haltung aller wahrhaften Marxisten-Leninisten – ist: Die Widersprüche zwischen den Imperialisten auszunutzen, um letztlich den Imperialismus zu zerschlagen und zu liquidieren. Die GRF aber lebt in einer ganz anderen Welt: Sie will den einen Imperialisten mit dem anderen bekämpfen. Das heißt: Sie leugnet den Klassencharakter des drohenden Weltkrieges, leugnet, daß die eine wie die andere Seite ungerecht ist.

Die Grundlage ihres Kampfes ist nicht der Antiimperialismus, die proletarische Weltrevolution. Sie selbst gibt das offen zu, wenn sie behauptet, allgemeine antiimperialistische Propaganda „ist heute Wasser auf die Mühlen des russischen Sozialimperialismus"[7]. Es ist dem Wesen nach die gleiche Linie, wie sie von den Verrätern der 2. Internationale, von den Bernstein und Kautsky und wie sie später von den Chruschtschow-Revisionisten verfolgt wurde: Mit der Drohung vor dem Weltkrieg zur Kapitulation vor dem Imperialismus aufzurufen, sich selbst in eine Kraft des Imperialismus zu verwandeln.

Vilars „Probe aufs Exempel"

Zu welch konterrevolutionärer Politik dies führt, dafür ist die Truppe Vilars in Portugal ein gutes Beispiel. Die GRF schrieb einmal, daß dessen Praxis „die Probe aufs Exempel"[8] ihrer Theorie sei. Als in Portugal das Volk das faschistische Regime niederschlug, war es die konterrevolutionäre Truppe Vilars, die sofort den russischen Sozialimperialismus zum Hauptfeind erklärte. Dies, obwohl es der US-Imperialismus war, der mittels des Caetano-Regimes Portugal beherrscht hatte und der nun alles tat, um seine Vorherrschaft aufrechtzuerhalten. Die Vilar-Clique kämpfte dafür, daß Kräfte des Monopolkapitals, die aufs engste mit dem US-Imperialismus verbunden sind, Soares und seine Leute, an die Macht kamen. Die Kräfte des Volkes aber, die gegen beide Supermächte auftraten, die für ein wirklich unabhängiges Portugal eintraten, wurden von Vilar als „prosozialimperialistisch", als „Revisionisten" verteufelt. Wen wundert es, daß diese Bande, die an sich nur ein kleines isoliertes Häuflein ist, dafür mit einem Posten im Arbeitsministerium belohnt wurde? Sie sind wie ihre Freunde von der GRF Verräter am Kampf des Volkes um Unabhängigkeit und Freiheit! Sie verrichten ihre Arbeit im Dienst des USA-Imperialismus und der einheimischen Monopolbourgeoisie und treiben zugleich direkt den Revisionisten die Hasen in die Küche. Es ist zugleich eine Warnung an alle Marxisten-Leninisten, Revolutionäre und Patrioten, dieser Linie und ihren Kräften im internationalen Maßstab scharf entgegenzutreten, sie zu entlarven und vollständig zu isolieren.

Die Verleugnung der vier grundlegenden Widersprüche ...

Dabei nehmen die Opportunisten es sich heraus, den Marxisten-Leninisten vorzuwerfen, sie würden die Einteilung der internationalen Kräfteverhältnisse in drei Welten vollständig negieren. Tatsache ist aber vielmehr, daß diese Opportunisten die nach dieser Einteilung benannte „erste Welt", nämlich die beiden imperialistischen Supermächte, auseinanderzudividieren suchen in die „bessere" und „schlechtere" Supermacht und aufrufen, den Kampf gegen die „bessere" einzustellen. Diese Opportunisten haben aus der Kräfteeinteilung von drei Welten eine durch und durch opportunistische Theorie gebraut, die sie gegen den Marxismus-Leninismus, gegen den Kampf des internationalen Proletariats wenden. Dabei geben sie unverschämterweise ihren blanken Revisionismus auch noch als Lehre Mao Tsetungs aus. Ihre Absicht dabei ist es, mit dieser Theorie die vier grundlegenden Widersprüche zu verwischen, die die internationale Lage bestimmen, ihren Klassencharakter zu leugnen.

Diese vier grundlegenden Widersprüche, wie sie im Vorschlag zur Generallinie enthalten sind und heute noch Gültigkeit besitzen (wenngleich es das „sozialistische Lager" in gleicher Form nicht mehr gibt), sind: ***„Die Widersprüche zwischen dem sozialistischen und imperialistischen Lager; die Widersprüche zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie innerhalb der kapitalistischen Länder; die Widersprüche zwischen unterjochten Nationen und Imperialismus; die Widersprüche zwischen den verschiedenen imperialistischen Staaten und die Widersprüche zwischen den verschiedenen monopolkapitalistischen Gruppierungen."***[9] Ausdrücklich verurteilt die Generallinie die Verwischung der vier grundlegenden Widersprüche. Genau das aber tun die Opportunisten wie die GRF und ihre Blutsbrüder in Portugal und anderswo. So verwischen sie z. B. den Widerspruch zwischen sozialistischen und kapitalistischen Ländern, wenn sie in der „Roten Fahne" über eine Rede des ZK-Mitglieds der GRF, Lenze, berichten: „Am Beispiel des sozialistischen China und Albanien, aber auch am Beispiel der Verteidigungskonzeption von Ländern wie Rumänien und Jugoslawien erläuterte er, daß man ein Land gegen einen imperialistischen Überfall nur durch die Bewaffnung des Volkes, der engen Verbindung zwischen regulärer Armee und den wehrbereiten Volksmassen, durch die Strategie des Volkskrieges konsequent verteidigen kann."[10] Das revisionistische Rumänien, das revisionistische Jugoslawien verfolgen also die „Strategie des Volkskrieges"? In diesen kapitalistisch - revisionistischen Ländern gibt es eine „enge Verbindung zwischen regulärer Armee und den Volksmassen"? Im Kapitalismus ist die „reguläre", also herrschende Armee stets ein Unterdrückungsinstrument der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse und alle Werktätigen. Hier werden sie plötzlich zu „Volksarmeen" – nur weil sich die jugoslawische und rumänische Bourgeoisie gegen die vollständige Unterjochung durch den russischen Sozialimperialismus stellt? Mit Marxismus-Leninismus haben solche Freundschaftsbezeugungen den Revisionisten gegenüber nichts gemeinsam! Im übrigen ist es einfach eine unverschämte Beleidigung, die jugoslawische Bürgerkriegsarmee mit der albanischen Volksarmee, die die Diktatur des Proletariats schützt, gleichzusetzen. Es ist der für die Opportunisten typische Versuch, die Trennungslinie zwischen Kapitalismus und Sozialismus zu verwischen und damit den Kampf des Proletariats in den kapitalistischen Ländern für den Sozialismus, für die Diktatur des Proletariats, für eine wahrhafte Volksarmee zu desorientieren.

„Kompromisse, Bündnisse, sogar Vereinigung mit der Bourgeoisie"

Vor allem aber versuchen diese Opportunisten die vier grundlegenden Widersprüche im Weltmaßstab zu verwischen, um den imperialistischen Charakter der eigenen Monopolbourgeoisie zu leugnen, ihr Wesen zu beschönigen, sie vor den Massen in Schutz zu nehmen. Sie leugnen den grundlegenden Widerspruch zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie in den kapitalistischen Ländern. Nicht mehr der Sturz der eigenen Monopolbourgeoisie steht für sie auf der Tagesordnung, sondern sie reden in ihrer Broschüre „Kritik an der politischen Linie der KPD/ML" von „Kompromissen Bündnissen und sogar Vereinigung mit den Bourgeoisien und bürgerlichen Regierungen der Staaten der 2. Welt"[11]. Und tatsächlich reden sie nicht einmal mehr vom gewaltsamen Sturz des westdeutschen Imperialismus, sondern kritisieren höchstens noch diesen oder jenen „Kurs der Regierung". Revolutionärer Klassenkampf? „Das ist ‚ultralinks'!"

Um diese konterrevolutionäre Linie der Vereinigung mit der Monopolbourgeoisie, der Blockbildung mit ihr, zu rechtfertigen, scheuen sich diese Opportunisten bei der GRF nicht, grundlegende Feststellungen des Marxismus-Leninismus zu revidieren. Sie sagen: Angesichts der Bedrohung der Unabhängigkeit des Landes durch den russischen Sozialimperialismus und der Tatsache, daß er einen Teil Deutschlands bereits unterjocht hat, wird unter bestimmten Bedingungen der nationale Widerspruch zum Hauptwiderspruch und nicht mehr der Widerspruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Zweifellos spielt die nationale Frage in beiden deutschen Staaten eine wichtige Rolle. Aber – sie spielt nicht und kann nicht die entscheidende, die führende Rolle spielen, die das Wesen der Revolution in Deutschland – und sei es auch nur vorübergehend – ausmacht. ***Denn es gibt und es kann keinen gemeinsamen nationalen Kampf von Bourgeoisie und Proletariat in kapitalistischen und imperialistischen Ländern mehr geben.*** Genosse Stalin sagt dazu: ***„Früher galt die Bourgeoisie als das Haupt der Nation, sie trat für die Rechte und die Unabhängigkeit der Nation ein und stellte sie ‚über alles'. Jetzt ist vom ‚nationalen Prinzip' auch nicht eine Spur geblieben. Jetzt verkauft die Bourgeoisie die Rechte und die Unabhängigkeit der Nation für Dollars. Das Banner der nationalen Unabhängigkeit und der nationalen Souveränität ist über Bord geworfen. Ohne Zweifel werden Sie, die Vertreter der kommunistischen und demokratischen Parteien, dieses Banner erheben und vorantragen müssen, wenn Sie Patrioten ihres Landes sein, wenn Sie die führende Kraft der Nation werden wollen. Es gibt sonst niemand, der es erheben könnte."***[12]

Das heißt also, daß auch die Frage des Kampfes um Unabhängigkeit, der Kampf um die nationalen Interessen vom Klassenwiderspruch geprägt und ihm untergeordnet ist. Wenn die Opportunisten dennoch den Klassenwiderspruch dem nationalen Widerspruch unterordnen wollen, nehmen sie einen bürgerlich-nationalistischen Standpunkt ein, den Standpunkt des Chauvinismus. Ein solcher Standpunkt heißt, den Klassenkampf des Proletariats, die proletarische Revolution mit Füßen zu treten und auf die Seite des Imperialismus, der imperialistischen Monopolbourgeoisie zu gehen.

Der Trick mit den „zwei hauptsächlichen Widersprüchen"...

Nun wissen diese Opportunisten natürlich auch, daß ein jeder beim Studium des Marxismus-Leninismus über den Kampf in den imperialistischen und kapitalistischen Ländern als erstes lernt, daß ***„in der kapitalistischen Gesellschaft die beiden gegensätzlichen Kräfte, Proletariat und Bourgeoisie, den Hauptwiderspruch"*** [13] bilden. (Also ließen sie sich entsprechend etwas einfallen und erfanden dabei sogleich eine durch und durch metaphysische Theorie von „zwei hauptsächlichen Widersprüchen", die in unserem Land existieren würden. Zum einen ist das natürlich eine direkte Verfälschung der Lehre Mao Tsetung, der sagte: ***„Jedenfalls steht es ganz außer Zweifel, daß es in jeder Etappe eines Entwicklungsprozesses nur einen einzigen Hauptwiderspruch gibt, der die führende Rolle spielt."***[14]

Zum anderen aber ist das ein hinterhältiger Trick, um letztlich auf weniger offene Weise den nationalen Widerspruch zum Hauptwiderspruch zu machen, ohne dabei offen den Klassenwiderspruch zumindest in der Theorie ins zweite Glied rücken zu müssen. **Dieses Vorgehen der GRF-Opportunisten findet seine passende Ergänzung in dem Vorgehen des Konterrevolutionärs Deng Hsiao-ping.**

...aus der Schule Deng Hsiao-ping

Deng Hsiao-ping setzte die Weisungen des Vorsitzenden Mao über Stabilität und Einheit und über das Voranbringen der Volkswirtschaft mit dessen Weisung über das Studium der Theorie der Diktatur des Proletariats zur Bekämpfung und Verhütung des Revisionismus gleich, bezeichnete alle drei Weisungen als „das Hauptkettenglied für jede Arbeit". Genosse Mao Tsetung sagte dazu: ***„Was soll das, ‚die drei Weisungen als das Hauptkettenglied betrachten'! Stabilität und Einheit heißt nicht, den Klassenkampf aufgeben; der Klassenkampf ist das Hauptkettenglied, alles andere hängt von ihm ab."***[15] Die chinesischen Genossen schreiben dazu: „Der besserungsunwillige, den kapitalistischen Weg gehende Machthaber bediente sich des Eklektizismus, um den Hauptwiderspruch mit Nebenwidersprüchen zu vertauschen. Absichtlich schob er die Weisungen „Stabilität und Einheit" und „das Voranbringen der Volkswirtschaft" in den Vordergrund und nannte sie „Hauptkettenglieder", in dem vergeblichen Versuch, den Hauptwiderspruch unter sozialistischen Bedingungen – den Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie – zu vertuschen. Sein Ziel ist sonnenklar: ...dagegen aufzutreten, den Klassenkampf als Hauptkettenglied zu betrachten, zu beseitigen und die grundlegende Linie der Partei von Grund auf zu revidieren."[16] **Gleicht das nicht der Theorie von „den zwei hauptsächlichen Widersprüchen" wie ein Haar dem anderen? Den Nebenwiderspruch, die nationale Frage, in den Vordergrund rücken, um den Hauptwiderspruch in der kapitalistischen Gesellschaft, zwischen Proletariat und Bourgeoisie zu vertuschen? Das Ziel ist allemal das gleiche, bei Deng Hsiao-ping wie bei der Gruppe Rote Fahne und der Vilar-Bande: Den Klassenkampf als Hauptkettenglied zu beseitigen und die grundlegende Linie des Marxismus-Leninismus von Grund auf zu revidieren.**

Für die Aufrüstung der Bundeswehr?

Der praktische Ausdruck der Linie der GRF, „Kompromisse, Bündnisse und sogar Vereinigung mit den Bourgeoisien und den bürgerlichen Regierungen der Staaten der 2. Welt" einzugehen, zeigt sich am offensten in der Haltung der Gruppe Rote Fahne gegenüber der Bundeswehr. Seit Anfang des Jahres – die Bourgeoisie amüsierte sich damals in ihren Blättern königlich – erklärt die Gruppe Rote Fahne offen, sie sei gegen die unmittelbare revolutionäre Zersetzungsarbeit in der Bundeswehr. Denn auch diese Zersetzungsarbeit, so die „Rote Fahne", diene nur dem russischen Sozialimperialismus.[17] Und sie fordert sogar, daß die Bundeswehr verstärkt konventionell aufgerüstet werden muß. Hier zeigt sich die ganze durch und durch reaktionäre Politik dieser gefährlichen opportunistischen Strömung. Die Bundeswehr, die imperialistische Armee der westdeutschen Monopolbourgeoisie, die nach innen das Unterdrückungsinstrument der Bourgeoisie zur Niederhaltung aller ökonomischen und politischen Bewegungen des Proletariats ist, wollen diese Opportunisten dem Proletariat ans Herz legen. Ja, das Proletariat soll von der Regierung der Monopolbourgeoisie sogar noch den Ausbau dieses militaristischen Apparats fordern. Ein geradezu zynischer Standpunkt, der dem Klassenstandpunkt des Proletariats und seinem Kampf für den Sturz des Imperialismus und für den Sieg der proletarischen Revolution völlig fremd ist. **Der Widerspruch zwischen Proletariat und imperialistischer Armee der westdeutschen Monopolbourgeoisie ist antagonistisch, unversöhnlich. Wer dennoch die Aufrüstung des imperialistischen Militärapparats fordert, der steht nicht auf der Seite des Proletariats, sondern auf der Seite der Monopolbourgeoisie, gegen die Arbeiterklasse.**

Für die Entwaffnung des Proletariats?

Die konterrevolutionäre Truppe Vilars in Portugal hat bereits ein Exempel statuiert, daß in aller Deutlichkeit zeigt, worauf diese im Kern revisionistische Militärpolitik der Opportunisten hinausläuft: So trat Vilar dafür ein, die Massenarmee durch Militärdienstpflicht abzuschaffen und forderte stattdessen eine Berufsarmee, in der eine klare bürgerliche Hierarchie und Disziplin herrscht, weil dann besser die Infiltration durch Kräfte, die mit dem russischen Sozialimperialismus verbunden sind, verhindert werden könne. Nun, statt gegen diese Agenten zu kämpfen, sie unter den Massen zu isolieren, zieht Vilar es vor, die Massen vom Militär auszuschließen, ihnen die militärische Ausbildung zu nehmen, die für die Durchführung der proletarischen Revolution unerläßliche Voraussetzung ist. Andererseits war es dieser Bandit, der zugleich die Entwaffnung der Massen durch die Regierung feierte – auch dies sei im Interesse des Kampfes gegen den russischen Sozialimperialismus. Dieses neue Waffengesetz hätte bedeutet, daß die Arbeiterklasse vollständig entwaffnet worden wäre. **Doch das portugiesische Proletariat und die übrigen Werktätigen dachten gar nicht daran, ihre Waffen abzuliefern: Es waren weniger als 12 Personen, die ihre Waffen ablieferten. Während jeder Marxist-Leninist daraufhin den portugiesischen Massen ein hohes Klassenbewußtsein bescheinigt hätte, bemerkte die GRF über diese widerspenstigen Massen erschreckt in ihrer „Roten Fahne": Das ist ja „wachsende Anarchie"![18] Mit einem Kautsky oder Bernstein können sie sich wahrhaftig messen.**

Die Bourgeoisie aufrüsten, die Massen entwaffnen – das ist die Konsequenz der „Kompromisse, Bündnisse und sogar der Vereinigung" mit der Bourgeoisie in kapitalistischen Ländern. Gerade hinsichtlich des drohenden imperialistischen Krieges heißt das nichts anderes, als den Hauptkriegstreibern und ihren Bündnispartnern die Militarisierung zuzugestehen, dem revolutionären Krieg der Massen als Antwort auf den imperialistischen Krieg jedoch jetzt schon entgegenzuarbeiten.

„Schwarze Katze, weiße Katze"

Hinter diesem groß als „aktive Militärpolitik" aufgeblasenen Verrat steckt genau die Auffassung Deng Hsiao-pings: ***„Ob weiß oder schwarz, die Katze, die Mäuse fängt, ist eine gute Katze."*** So entlarvten zum Beispiel Genossen der chinesischen Volksbefreiungsarmee, daß Deng die Weisung gab: ***„Eine harte Schlacht führen"*** heißt eine ***„Stahlschlacht führen"***. Also nicht vor allem den Klassenkampf vorantreiben als Hauptkettenglied, um die Schlagkraft der Volksbefreiungsarmee zu erhöhen, sondern mehr Stahl produzieren. Es ist die bourgeoise Theorie von der „Allmacht der Waffen". Daß Waffen über den Ausgang eines Krieges entscheiden würden, während es in der Tat die Menschen sind. Eben dieser Glaube an die Allmacht der Waffen der Bourgeoisie, an die Militärmaschinerie des Imperialismus ist es auch, der hinter der „aktiven Militärpolitik" der GRF steht: Nicht die revolutionären Massen unter der Führung des Proletariats, nicht der Klassenkampf, sondern der Imperialismus und seine Militärapparate sind für sie der Trumpf. Mao Tsetung wies den reaktionären Unsinn Dengs entschieden zurück und enthüllte dessen Wesen: ***„Dieser Mensch packt nicht den Klassenkampf an, über dieses Hauptkettenglied spricht er nie. Also immer noch ‚weiße Katze, schwarze Katze', zwischen Imperialismus und Marxismus macht er keinen Unterschied."***[19] Genau damit ist auch das Wesen der opportunistischen Strömung, zu deren Vertreter die GRF, Vilar und andere gehören, gekennzeichnet.

Sie tun wie Deng Hsiao-ping geradewegs so, als ob die Klassenfrage keine Rolle spielen würde. Scheinbar also ein Standpunkt, der über den Klassen steht? Einen solchen Standpunkt gibt es nicht. Und tatsächlich sind es die Vertreter dieser Strömung, die gegen den Klassenkampf zu Felde ziehen. Ist es nicht so, daß die GRF gegen den revolutionären Klassenkampf, den unsere Partei getreu ihren Aufgaben als Vorhut der Klasse führt, zu Felde zieht mit ihrem unsinnigen Geschrei vom „imperialistischen Ökonomismus". Ist es nicht so, daß sie den revolutionären Klassenkampf als „Dienst am russischen Sozialimperialismus" diffamiert? Der revolutionäre Klassenkampf treibe das Proletariat „in die Isolation", sagen sie. Ja, in die „Isolation" von wem denn? In die „Isolation" von der Bourgeoisie. Und genau das ist es auch, was der GRF, was den Herren Vilar und Co. so wenig wie dem Deng Hsiao-ping in den Kram paßt. Sie wollen eben die Vereinigung mit der Bourgeoisie – die Unterwerfung unter sie. Vilar z.B. in Portugal bekennt in aller Offenheit und ganz konkret, wie seine Haltung zum Klassenkampf des Proletariats ist. Julio Diaz, Mitglied von Vilars Truppe mit Sitz im portugiesischen Arbeitsministerium, behauptete in einem Interview, der Kampf für die 40-Stundenwoche „dient nur den Kräften, die das Land wirtschaftlich ruinieren wollen." Und weiter: „Es wäre richtig, wenn die Arbeiter ihren Kampf für die Verringerung der Arbeitsstundenzahl in einer späteren Phase führten, wenn die starke Wirtschaftskrise, in der wir uns zur Zeit befinden, vorbei ist." Dieser Mann könnte glatt in die Spitze des imperialistischen DGB-Apparats überwechseln. Ein wirklich schändlicher Verrat an den Werktätigen!

Eine Linie der vollständigen Kapitulation!

Die Linie dieser opportunistischen Strömung, unter dem Vorwand eines angeblich konsequenten Kampfes für Frieden und Unabhängigkeit gegen die Werktätigen vorzugehen und sich auf die Seite der Bourgeoisie zu schlagen, ist in Wirklichkeit die Linie der vollständigen Kapitulation vor dem Imperialismus und vor der Bourgeoisie. Politbüromitglied der GRF, Semler, brachte in einer Rede in Düsseldorf 1975 diese vollständige Kapitulation und seine ganze Verachtung für den revolutionären Klassenkampf des Proletariats zum Ausdruck, als er sich zu der Feststellung verstieg: „...alle subjektiven und objektiven Voraussetzungen der Revolution" fehlen und daher sei heute „die Revolution im eigenen Lande zu predigen", „das Heldentum der Phrase, schlimmer noch, das ist der zeitgemäße Ausdruck des Trotzkismus in den Reihen der revolutionären Bewegung."[20] Das ist nicht nur Kapitulantentum, das ist der konzentrierte Antimarxismus und die kleinbürgerliche Resignation, die aus diesen Worten spricht. Es ist das typische Argument, das seit eh und je das Vorgehen der Revisionisten in der Arbeiterbewegung gewesen ist: Die Arbeiterklasse sei zu schwach, die Revolution durchzuführen und die Bedingungen überhaupt so ungünstig, daß daher die revolutionären Aufgaben zurückstehen müßten zugunsten eines reformistischen Kampfes um Demokratie und Frieden.

Daß sich diese Linie in Wahrheit nicht einmal tatsächlich gegen den imperialistischen Krieg richtet, daß haben die albanischen Genossen bereits im Kampf gegen die Chruschtschow-Revisionisten entlarvt: ***„Wer den Kampf um den Frieden nur gegen die Kriegsgefahr dirigiert, wie die modernen Revisionisten es tun, der bekämpft nur die Folgen und läßt die Ursache, ihre Quelle unberührt. Die Kriegsgefahr fällt nicht vom Himmel, sondern kommt vom Imperialismus. Der Krieg war und ist die Ausgeburt der Ausbeuterordnung, ist ihr unzertrennlicher Weggenosse. Es kann in der Welt keinen Frieden geben, solange der Imperialismus existiert. Wer den Kampf um den Frieden als Hauptziel bezeichnet und diesen Kampf nur gegen die Kriegsgefahr dirigiert, der verewigt nur den Status quo in der Welt. Das Hauptziel der antiimperialistischen Kräfte kann nicht der Kampf um Frieden und gegen die Kriegsgefahr, sondern nur der Kampf um die Zerschlagung und Liquidierung des Imperialismus sein. Nur auf diese Weise kann man die Kriegsgefahr bannen. Deshalb ist die Revolution der Hauptweg zur Erhaltung des Friedens und der Verhinderung des Krieges."***[21] Diese klare Aussage ist wahrlich ein Spiegel für diese internationale opportunistische Strömung, zu der die GRF-Führer wie ihre Brüder in Portugal und andere zu zählen sind.

Mögen Horlemann und Semler, Vilar und Diaz sich noch so sehr bemühen, die Prinzipien des Marxismus-Leninismus zu verwischen, die grundlegenden Widersprüche in der Welt zu vertuschen, ihre Haltung zum Klassenkampf verbergen – Marxismus und Revisionismus stehen sich unversöhnlich gegenüber. In China wurde Deng Hsiao-ping von Mao Tsetung entlarvt, in Portugal wurde Vilar und seine Truppe von der Kommunistischen Partei Portugals (Wiederaufgebaut) entblößt und isoliert, bei uns wurde die GRF durch unsere Partei vor allem, aber auch durch marxistisch-leninistische Genossen in der GRF, die inzwischen zur Partei gekommen sind, entlarvt. Damit ist bereits ein wichtiger Schritt getan. Doch es gilt den Kampf bis zur vollständigen Niederlage dieser Kapitulationslinie zu führen. Es ist eine Tatsache, daß diese Strömung noch über Einfluß auch im internationalen Maßstab verfügt, sich durch speichelleckerisches Anhängen an jede opportunistische Kraft, wo immer sie sich breit macht, festkrallt, um an Boden zu gewinnen. Und man darf die Gefahr, die von dieser Strömung auch in unserem Land noch ausgeht, nicht unterschätzen. Denn je mehr diese Linie entlarvt wurde, desto mehr bediente sie sich aller möglichen Tricks und Tücken, um ihr reaktionäres Wesen zu verdecken. So ist zum Beispiel die „Rote Fahne" schon lange dazu übergegangen, der Auseinandersetzung in den grundlegenden Fragen aus dem Weg zu gehen und auf jede konkrete Entlarvung zu antworten: Dort habe ich aber etwas ganz anderes gesagt als mir vorgeworfen wird. Doch selbst dieser Trick zieht immer weniger. Denn immer mehr Genossen in der Gruppe Rote Fahne erkennen, daß es die Methode von Trotzkisten und Revisionisten ist, auf konkrete Vorwürfe nicht einzugehen, sondern, in die Enge getrieben, immer wieder andere Schriften, andere Zitate zu zücken, in denen man sich geschickter ausgedrückt hat.

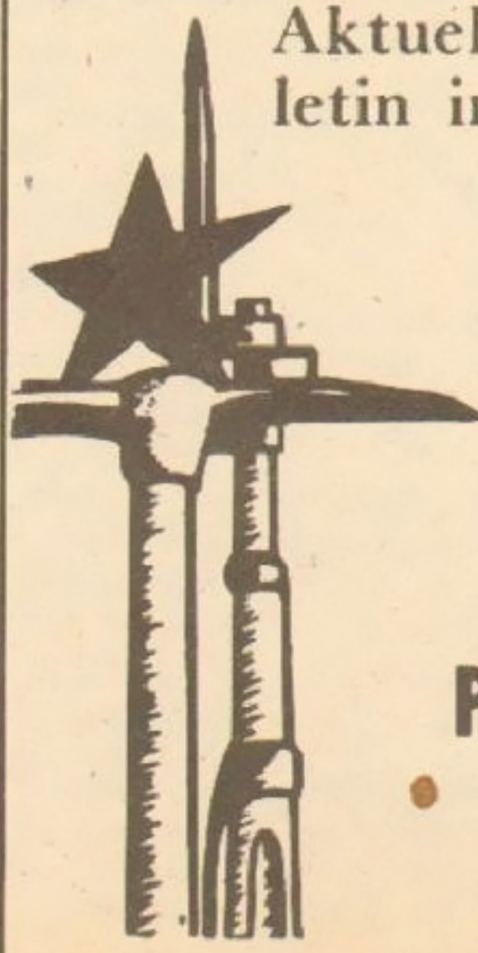
Wir müssen gemeinsam mit allen Marxisten-Leninisten die Anstrengungen im Kampf gegen diese Strömung des Kapitulantentums vor dem Imperialismus noch mehr erhöhen, um diese Linie vollständig zu zertrümmern und zu isolieren. Besonders für die marxistisch-leninistischen Genossen in der GRF gilt es diese Linie zu entlarven, gilt es, die Fähigkeit zu erhöhen, um zwischen Marxismus-Leninismus und Revisionismus noch besser zu unterscheiden. Denn das ist die Trennungslinie, die zwischen den Positionen der GRF und den Positionen der Partei in der Frage des Kampfes für Frieden und Unabhängigkeit verläuft.

1. „Theorie und Praxis" 2/75, S. 76
2. RF 28/75
3. ebenda
4. ebenda
5. RF 31/75
6. Lenin, Über Krieg und Frieden, S. 11
7. RF 28/75
8. „Kritik der politischen Linie der KPD/ML", S. 15
9. „Die Polemik über die Generallinie", S. 7/8
10. RF 4/76
11. „Kritik der politischen Linie der KPD/ML"
12. Stalin Werke, Bd. 17, S. 189 f
13. Mao Tsetung, Werke Bd. 1, S. 388
14. Mao Tsetung, Werke Bd. 1, S. 390
15. Mao Tsetung 1976
16. „Kritik des Programms ‚die drei Weisungen als Hauptkettenglied betrachten'", Peking Rundschau Nr. 14/76
17. RF 4/76
18. RF 43/75
19. Mao Tsetung 1976
20. RF 26/75
21. „Feuer auf den revisionistischen Verrat", S. 53 f

Abonnieren Sie

RADIO TIRANA

Aktuelles Nachrichtenbulletin in deutscher Sprache



Erscheint 14-tägig; 48 Seiten; Einzelheft 1,– DM, für 1 Jahr 26,– DM, für 1/2 Jahr 13,– DM.
Fordern Sie Probeexemplare an!

Sonderausgabe zum 7. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens

Einzelbestellung möglich

Bestellungen an: Rotfront-Verlag, Postfach 3746, 2300 Kiel 1

Essen
Polizeiterror gegen 67 Jahre alten Rentner

Seit 1959 kämpft der invalide, 67 jährige Rentner um sein Recht. Seine Rente ist zu niedrig. In x-Instanzen hat er versucht, sein „Recht" zu bekommen. 17 Jahre lang wurde er vertröstet, betrogen, beschimpft, abgefertigt und wie der letzte Dreck von Pontius zu Pilatus geschickt. Er hat mehrere Prozesse geführt, beim letzten urteilte die Richterin „im Namen des Volkes" wie bisher, daß der Rentner im Unrecht ist, wenn er mehr Rente verlangt. Nach diesem Urteilsspruch bückt sich der Rentner, greift in seine Aktentasche und wirft mit Steinen auf das dreiköpfige Richtergremium. Auf diesen „Angriff" reagiert die Polizei mit brutalem Terror. Sie packen ihn, werfen ihn zu Boden, schlagen auf ihn ein, bis er ohnmächtig ist. Als ihn Feuerwehrleute auf eine Trage schleppen, kommt er zu sich und wehrt sich schreiend gegen seinen Abtransport. „Ich werde um mein Recht betrogen!" schreit er, während ihn die Feuerwehrleute zu einem Arzt bringen, der Herzrhythmusschaden feststellt und ihn ins Krankenhaus einliefert.

Dieser Rentner hat „unseren Sozialstaat" am eignen Leib zu spüren bekommen. Sie können tausendmal auf den Ämtern vom „Wohle des Volkes" reden oder im Gericht vom „Urteil im Namen des Volkes", oder die Polizei als „deinen Freund und Helfer" propagieren. Für den armen Mann war das nie etwas anderes als die nackte Gewalt. Die nackte Gewalt, die dieser Staat mit seiner Bürokratie, seiner Justiz, seiner Polizei und Armee gegen die Ausgebeuteten braucht, um sie, ihre Wut und ihren Widerstand niederzuhalten. Aber es wird der Tag kommen, an dem sie nicht nur von den Steinen eines alten Mannes getroffen werden, sondern von den Gewehrkugeln des Proletariats in der sozialistischen Revolution.


Bis er ohnmächtig wurde, wurde der Rentner, der seit 17 Jahren um sein Recht kämpft, brutal von der Polizei zusammengeschlagen.

Giftiger Smog im Ruhrgebiet


Zugeklappte Smog-Warntafeln an der Auffahrt zur B1.

In der letzten Woche hat der Nebel im Ruhrgebiet zu giftigem Smog geführt. Die erste Smog-Warnstufe (und die ist sicherlich hoch angesetzt) liegt bei 0,8 mg Schwefeloxyd (normal ist 0,1 bis 0,2 mg). In den meisten Ruhrgebietsstädten betrugen jetzt die Spitzenwerte über 1 mg, in Bottrop sogar 1,5 mg. Alarm wurde jedoch nicht geschlagen. Denn so wie die Kapitalisten ohne Rücksicht die Luft verpesten, so wenig kümmert sie die Warnung der Bevölkerung, weil es ja „nur" um die Gesundheit der Werktätigen geht.

Tournee der Peking-Oper beendet
Grosse Begeisterung bei allen Aufführungen

Die Tournee der Peking-Oper durch die Bundesrepublik war ein großer Erfolg. Ob in Hamburg, Bochum, Stuttgart oder Westberlin, überall rief das revolutionäre Tanzdrama „Die Rote Frauenkompanie" große Begeisterung hervor. Unsere Partei hat dafür gesorgt, daß viele Werktätige – die sonst das bourgeoise Theater meiden – die Peking-Oper besuchten.

Wie man aus einer Kritik der WAZ an der Bochumer Aufführung ersehen kann, konnte sich mancher Bourgeois bzw. bourgeoise Schreiberling nicht genug über dieses ganz andere Publikum aufregen. „Primitiv" seien die Reaktionen gewesen, z.B. das Lachen über die Reaktionäre oder das Klatschen bei „roher Gewalt", wie Schüssen auf die Ausbeuter.

Der Bourgeoisie hier ist solch revolutionäres Theater genauso zuwider wie den bürgerlichen Machthabern à la Deng Hsiao-ping in China, die sich mit allen Mitteln gegen die Entwicklung der Peking-Oper stellten. Sie war ein Punkt, wo ihre Bastionen im Überbau, in Literatur und Kunst, angegriffen und gestürzt wurden. In der Peking-Oper spiegelt sich die chinesische Revolution wider, das Leben und die Arbeit der Arbeiter, Bauern und Soldaten. Statt von Kaisern und Königen wie vorher, ist die Bühne vom revolutionären Kampfgeist des Volkes beherrscht. Das Angriffsziel ist die Bourgeoisie, die ihren Haß auf diese revolutionäre Kunst und ihre Urheber nicht verheimlicht.

Wie aber die deutschen Arbeiter und Werktätigen die Peking-Oper aufnahmen, schildert ein Bericht aus Hamburg:

„Dieses großartige Bühnenstück (Die Rote Frauenkompanie) der chinesischen Genossen nahm alle Zuschauer gefangen und riß sie manchmal regelrecht mit. An vielen Stellen klatschten sie begeistert Beifall, so als zu Beginn des zweiten Aktes das finstere Bühnenbild, das die Zeit der feudalistischen Knechtschaft in China symbolisierte, durch das farbenprächtige, zukunftweisende Bild und das lebendige Leben in den befreiten roten Stützpunktgebieten abgelöst wurde. Oder als die Rote Fahne mit Hammer und Sichel, das Symbol der Hoffnung und Zuversicht aller unterdrückten Volksmassen auf der Bühne flatterte. Begeisterten Beifall gab es auch, als der gefangene Politkommissar mutig Widerstand leistete, alle Bedrohungen, Intrigen und Bestechungsversuche des Klassenfeindes durchkreuzte und heldenhaft in den Tod ging. Das Bühnenstück ist wirklich eine einmalige Synthese, in der eine Reihe von Grundaussagen und Prinzipien des Marxismus-Leninismus mit der Tanzkunst, der Musik, dem Bühnenbild, der Gestik und Kostümierung harmonisch zu einem Ganzen verschmolzen sind. Am Ende brauste der Beifall immer wieder auf."


Begrüßung des Ensembles der Peking-Oper in Hamburg

In Bochum wurden zum Schluß aus Begeisterung rote Nelken auf die Bühne geworfen. Einige Genossen wurden noch zu dem anschließenden Empfang eingeladen. In Hamburg verabschiedete die Partei gemeinsam mit einigen Sympathisanten das chinesische Ensemble herzlich mit Blumen und dem Lied „Der Osten ist rot", das der Hamburger AP-Trupp „Das Rote Sprachrohr" sang. Die chinesischen Genossen bedankten sich für die herzliche Aufnahme und betonten, wie wichtig es für sie sei, daß ihr Auftreten die tiefe Freundschaft zwischen dem chinesischen Volk und dem deutschen Volk weiter gefestigt habe. Unsere Genossen sagten: „Wir haben viel von euch gelernt. Mit eurem Ballett habt ihr uns nicht nur wichtige politische Lehren gegeben, sondern vor allem habt ihr uns Mut gemacht und große Begeisterung geschenkt für unseren Kampf." In Stuttgart überreichten Genossen die Platte der Partei und bekamen Plaketten und das Textheft zur „Frauenkompanie" geschenkt.

Die Aufgeschlossenheit und Begeisterung vieler Menschen für die chinesische Revolution und die revolutionäre chinesische Kunst zeigte sich auch an den Büchertischen, die die Partei und die GEWISO in allen Städten aufgebaut hatten. Viele Besucher kamen vor allem nach den Veranstaltungen, um sich Literatur zu kaufen und sich zu informieren.

In Hamburg wurde so für über 1 300 DM Literatur verkauft, wobei neben Schallplatten und Kunstbänden vor allem die ausgewählten Werke von Mao Tsetung gefragt waren. Außerdem nahmen viele die Grundsatzerklärung und 30 „Rote Morgen" wurden verkauft. In Bochum wurden an einem Abend für über 1 000 DM Literatur verkauft und in Stuttgart für 300 DM.


Szene aus dem revolutionären modernen Tanzdrama „Die Rote Frauenkompanie": Armee und Volk feiern in freudigem Beisammensein, wie Angehörige einer einzigen Familie.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
G. Schneider
Postfach 300526

4600 Dortmund 30



Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr......

O für 1 Jahr　O für 1/2 Jahr　O Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben).

Die Zahlung erfolgt:

O jährlich **DM 30,--**　O halbjährlich **DM 15,--**　O vierteljährlich **DM 7,50**

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus nach Erhalt der Rechnung zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 23600-465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr 321004911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Parteibüros der KPD/ML:

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der VR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags Roter Morgen bezogen werden.

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen", Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen", 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-12, 14-18 Uhr, Sa 9-14 Uhr.

Parteibüros:

LV Wasserkante, 2 Hamburg 50, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040 / 43 99 137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, 3 Hannover, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di und Do 17-19, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, 68 Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel.: 0621 / 37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg, 7 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, 8 München 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089 / 53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, 1 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10. Tel.: 030 / 46 52 807. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

51 Aachen, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 10.30-14.00 Uhr.

48 Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31. Öffnungszeiten: Mo, Do u. Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

463 Bochum, Buchladen „Roter Morgen" Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-19, Sa 10-13 Uhr.

28 Bremen (Walle), Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 39 38 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

41 Duisburg 1, (Hochfeld), Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mi u. Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

6 Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78. Öffnungszeiten: Di-Fr 16.00-18.30, Sa 9-14 Uhr.

23 Kiel 14 (Gaarden), „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13, Tel.: 0431 / 74 762. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

5 Köln 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 85 41 24. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

24 Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/76939. Öffnungszeiten: Mo-Fr 9.00-18.30, Sa. 9.00-14.00 Uhr.

44 Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251 / 65 205. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.